

Adresspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 31. März 1928

Nummer 26

Folgen der Verbindlichkeitsklärung

In allen Gauen Deutschlands hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für das deutsche Buchdruckgewerbe innerhalb der gesamten Kollegenschaft Empörung und tiefste Entrüstung ausgelöst. Die im Verlauf unserer Stellungnahme zu der jeweiligen Entwicklung mehrfach und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebrachte Feststellung, daß es sich bei dieser Lohnbewegung um eine solche handelt, deren tiefste Wurzel von allen Mitgliedschaften unseres Verbandes ausgehen, wird dadurch mit aller möglichen Klarheit bekräftigt. Infolgedessen stellt sich auch die staatliche Verbindlichkeitsklärung als eine so große Belastung der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes nach der staatsbürgerlichen wie nach der beruflichen Seite dar, daß damit weder dem Staate noch dem Gewerbe auf die Dauer gedient sein kann. Und wenn wir auch nur die geringste Möglichkeit hätten, diesen unglückseligen Entschluß des Reichsarbeitsministers ungekehrt machen zu können, wir würden unsere letzte Kraft dafür einsetzen.

So wie aber leider die Verhältnisse von der gesellschaftlichen Seite her zu beurteilen sind, konnten die Organisationsvorstände der deutschen Buchdruckereiarbeiterschaft nichts anderes mehr tun, als die Mitgliedschaft aller Organisationen dazu auffordern, die gesellschaftliche Lage zu beachten und die durch das Verhalten der Unternehmervertreter bei den tariflichen Lohnverhandlungen von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus unvermeidlichen, auf den Ablauf des jetzigen Lohnsatzes eingestellten Maßnahmen wieder aufzuheben. Denn, wie wir schon in voriger Nummer in der kurzen Zusammenfassung der Rechtswirkungen einer Verbindlichkeitsklärung bekanntgegeben haben, hat die staatliche Verbindlichkeitsklärung die Wirkung einer schriftlichen Gesamtvereinbarung und stellt einen vollgültigen Tarifvertrag dar, gegen den jeder abfällige Verstoß seitens einer Vertragspartei als Tarifbruch gilt, der im ordentlichen Gerichtsverfahren neben einer sofortigen Lähmung aller Organisationseinrichtungen auch zu Schadensersatzverpflichtungen führen kann, durch die die davon betroffenen Verbände auf Jahre hinaus der Möglichkeit beraubt würden, ihre finanziellen Pflichten gegenüber ihren Mitgliedern zu erfüllen. Um dies zu vermeiden und dem Unternehmertum einen solchen Raubzug zu vereiteln, bliebe und bleibt den Organisationsvorständen keine andre Wahl, als so zu handeln, wie es in dem Aufruf an der Spitze voriger Nummer des „Korr.“ zum Ausdruck gekommen ist. Alle im Gegensatz zu diesem Aufruf stehenden Schritte oder Handlungen einzelner Mitgliedschaften oder Kollegentreife dürfen vom Verbandsvorstand und den Funktionären des Verbandes weder unterstützt noch sühnungsgemäß anerkannt werden.

Sind uns demnach allein von der vertragsrechtlichen Seite her durch staatliches Diktat die Hände gebunden, so haben wir dennoch keine Ursache, trotz- und hoffnungslos in die Zukunft zu blicken. Denn die gesamte Lage unseres Gewerbes ist trotz des verlogenen Geheißes der Unternehmervertreter und ihrer Presse eine solche, daß auch ohne irgendwelche Gesetzesübertragungen den Herrschaften beigebracht werden kann, was es heißt, einer geschlossenen und unentbehrlichen Arbeiterschaft mit der Parole eines „Kurzretens“ in der Lohnfrage gegenüberzutreten. Von überall her ist uns inzwischen mitgeteilt worden, daß in Prinzipalskreisen infolge dieser Taktik des Deutschen Buchdrucker-Vereins eine nicht minder starke Opposition vorhanden ist als innerhalb der Arbeiterschaft des Gewerbes. Die Leitung der Prinzipalsorganisation hätte danach sehr wohl das Mandat gehabt, sich auf einer für den Frieden im Gewerbe viel zweckmäßigeren Linie mit den Vertretern der Arbeiterschaft zu verständigen, statt sich

hinter die Rodschütze des Reichsarbeitsministers zu verziehen. Auf diese Verhältnisse und Erkenntnisse auf Prinzipalsseite dürfte es auch zurückzuführen sein, daß der Reichsarbeitsminister seine Entscheidung davon abhängig gemacht hat, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein vor der Verbindlichkeitsklärung die Verpflichtung übernahm, daß die Aufhebung der von der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes zum Ablauf des Lohnsatzes vorgenommenen Kündigung des Arbeitsverhältnisses nicht durch prinzipalsseitige Gegenmaßnahmen erschwert oder vereitelt wird. Es ist daher zu verstehen, daß die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins sofort nach der Verbindlichkeitsklärung in einem Rundschreiben an die Prinzipale folgendes bekanntgab:

Vor der Verbindlichkeitsklärung hat der Deutsche Buchdrucker-Verein sich verpflichtet müssen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß von den einzelnen Betrieben keine erheblichen Maßnahmen anlässlich der jetzt erfolgten Kündigungen erfolgen. Wir erwarten, daß diese Verpflichtung restlos durchgeführt wird.

Mit dieser ausdrücklichen Verpflichtung, mit deren Einhaltung die Rechtsgültigkeit der Verbindlichkeitsklärung unlösbar verbunden ist, ist der Arbeiterschaft das Recht gegeben, in jedem Betrieb, dessen Inhaber oder Leitung sich nicht streng daran halten will, sich in solitärer Weise von dem gesellschaftlichen Druck der Verbindlichkeitsklärung befreit zu sehen und zu berechtigter Abwehr auf gewerkschaftlicher Grundlage überzugehen. Und wir gestehen offen, daß wir es nach dem ganzen Verlauf der Lohnverhandlungen und dem jetzigen Stand der Dinge gar nicht einmal bedauern würden, wenn einzelne Unternehmer der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe solche neue Abwehrmöglichkeiten bieten würden. Die Herrschaften könnten und würden ihre blaue Wunder erleben. Denn in allen solchen Fällen würden auch die Gewerkschaften nicht mehr an die Verbindlichkeitsklärung gebunden sein. Wir beurteilen daher diese besondere Verpflichtung des Deutschen Buchdrucker-Vereins als eine erste Warnung des Reichsarbeitsministers an die Adresse der verantwortlichen Stellen im Deutschen Buchdrucker-Verein, deren Nichtbeachtung auch ihn von der staatlichen Verantwortlichkeit für die Verbindlichkeitsklärung entbinden würde. Daß er diese Verpflichtung als Vorbedingung seines staatspolitischen Hoheitsaktes in diesem Falle ausdrücklich aufgestellt hat, beweist, daß er persönlich das Gefühl hatte, mit der Verbindlichkeitsklärung etwas zu tun, das nur auf Sand gebaut ist, wenn die Unternehmer als Nutznießer seiner Entscheidung nicht alles vermeiden, was diese auch nur im geringsten erschüttern könnte.

In ihrer Nr. 25 vom 27. März versucht zwar die „Zeitschrift“, die Übernahme dieser Verpflichtung in ihrer moralischen Tragweite dahingehend abzublen- den, daß sie die Erfüllung dieser Verpflichtung von einer uneingeschränkten Zurücknahme der Kündigung seitens der Arbeiterschaft abhängig macht. Soweit für das letztere die öffentliche Verantwortlichkeit der Organisationsvorstände in Frage kommt, sind deren gesellschaftliche Verpflichtungen mit dem Aufruf an der Spitze voriger Nummer des „Korr.“ schon erfüllt. Eine darüber hinausgehende Auslegung wird aber jedenfalls der Reichsarbeitsminister nicht anerkennen können. Denn nach der Verbindlichkeitsklärung sind lediglich die von den Organisationsleitungen der Arbeiterschaft angeordneten Kampfmaßnahmen hinfällig geworden. Mit deren offizieller Aufhebung ist der gesellschaftlichen Pflicht genügt. Mögliche Einzelfälle von Zuwiderhandlungen gegen diese organisatorischen Anweisungen sind nicht auf die Gesamtheit übertragbar und auch nicht ohne weiteres von der Organisation zu verantworten. Sollte das letztere dennoch die Absicht der

Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins sein und sie zu dementsprechenden Maßnahmen verleiten, dann wird sich die Arbeiterschaft in geschlossener Weise abermals gegen sie wenden, wie sie es schon gegen die gewerkschaftliche Taktik der Unternehmervertreter bei den Lohnverhandlungen getan hat. Aller Liebe Mühe des Reichsarbeitsministers wird dann umsonst gewesen sein. Wobei wir noch darauf hinweisen möchten, daß z. B. der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer schon zwei Tage nach der Verbindlichkeitsklärung dem Reichsarbeitsminister in unverantwortlicher Weise den „Dank“ für seine Hilfsleistung in einer Entscheidung mit folgendem Satz ausgesprochen hat: „Nachdem der Schiedspruch des Zentralschiedsgerichtes vom 9. März aber durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist, muß trotz aller schwerwiegender Bedenken diese Lohnerschöpfung von den Firmen getragen werden.“ Zuerst laufen sich also die Organisationsvertreter der deutschen Buchdruckereibesitzer beinahe die Fäße wund, machen das ganze Reichsarbeitsministerium unsicher und lauern bis in die sinkende Nacht dem Reichsarbeitsminister im Reichstag auf, um ihn zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts zu drängen. Kaum haben sie dieses Ziel mit Ach und Weh erreicht, dann bestizen die Herren noch den Mut, vor der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als ob der Reichsarbeitsminister sie erst zur Anerkennung des Schiedsgerichts gezwungen hätte. Wenn das keine Demagogie ist, dann gibt es überhaupt keine. Auf jeden Fall kann aber der Reichsarbeitsminister daraus ersehen, wie er von Unternehmerseite irreführt wurde.

Noch kritischer wird aber die Lage dadurch, daß z. B. der Vorstand des Kreises VII (Sachsen) des Deutschen Buchdrucker-Vereins in einem Rundschreiben vom 26. März im Anschluß an die Bekanntgabe der vorstehend beleuchteten unternehmerseitigen Verpflichtung zur Vermeidung jeder Maßregelung die Erwartung ausdrückt, „daß dem Zentralschiedsgericht und dem Reichsarbeitsminister nicht dadurch in den Rücken gefallen wird, daß über den Rahmen des Schiedsgerichts hinaus in den einzelnen Betrieben Lohnbewilligungen erfolgen.“

Diese „Erwartung“, die übrigens auch noch in anderen Rundschreiben von Kreisleitungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins und in der schon erwähnten Entscheidung des Berliner Prinzipalsvereins in ähnlicher Form zum Ausdruck kommt, beurteilen wir als eine organisierte Zurückhaltung der Leistungsmöglichkeiten auf Unternehmenseite, die, wenn sie den Prinzipalen erlaubt sein soll, auch der Arbeiterschaft das Recht geben würde, in den Fragen der Leistungszulagen eine dementsprechende organisatorische Erweiterung eintreten zu lassen. Die Ansicht, daß durch über den Rahmen des Schiedsgerichts hinausgehende Lohnbewilligungen in den einzelnen Betrieben dem Reichsarbeitsminister in den Rücken gefallen werde, bezeichnen wir als Demagogie, mit der dem Reichsarbeitsminister ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird. Aus seiner Begründung der Verbindlichkeitsklärung geht deutlich hervor, daß er diese in der Hauptsache als besonderen Schutz für angeblich schwache Betriebe ausgesprochen hat. So sehr wir auch bedauern, daß er sich auf diese schiefte Bahn hat drängen lassen, glauben wir doch, daß er es weit von sich weisen wird, Unternehmer, die gewillt sind, im Interesse der friedlichen Weiterentwicklung ihrer Betriebe und eines besseren Verhältnisses zur Arbeiterschaft, eine höhere Zulage zu bewilligen, davon abhalten zu wollen. Das strikte Gegenteil dürfte seinen Wünschen entsprechen. Aber man sieht daran wieder einmal, wie es auf Unternehmenseite gemacht wird, um die wirkliche Lage im Gewerbe zu verschleiern. Daß der Reichsarbeitsminister nach Strich und Faden von Unternehmenseite im Buchdruckgewerbe demogelt worden ist, dürfte ihm angefaßt solcher

lohnpolitischen Strategieblüten wohl allmählich selbst einleuchten.

Nach wie vor steht also auch nach der Verbindlich-erklärung der Friede im deutschen Buchdruckgewerbe auf sehr schwachen Füßen. Gesetzliche oder rechtliche Zugänge sind eben kein vollwertiger Ersatz für eine erträgliche Sicherung des Produktionsprozesses, beson- ders dann nicht, wenn solche Zugänge jenem Teil ge- legt werden, der den größten Teil der Arbeit zu verrichten hat. Wir beharren uns vor, noch eine etwas tiefergehende Nachfrage über die Entwicklung der Dinge innerhalb der jetzigen Lohnbewegung vorzunehmen, können uns daher für heute nur auf einen Punkt be- schränken, und zwar auf die A b e r s t u n d e n.

Die in einzelnen Gauen des Verbandes im Verlaufe der diesmaligen Kampfmaßnahmen einge- tretene Verweigerung der A b e r s t u n d e n wird in Nr. 25 der „Zeitschrift“ nämlich als eine solche beurteilt, die jetzt nach der Verbindlichserklärung nicht mehr auf- rechterhalten werden könnte. Das steht weder im Tarif noch in einem Gesetz, und noch weniger in der Arbeits- zeitverordnung. Letztere kennt überhaupt keinen A b e r s t u n d e n z w a n g, sondern nur einen Schutz vor unerfät- tlicher Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft über den Achtstundentag hinaus. Andre Gesetze, die so etwas wie A b e r s t u n d e n l e i s t u n g s z w a n g enthalten, sind uns auch nicht bekannt. Bleibt noch der Tarif. Er sieht zwar die Möglichkeit von A b e r s t u n d e n l e i s t u n g e n und die Verpflichtung zu höherer Bezahlung dafür vor; aber eine u n b e d i n g t e Verpflichtung zur Leistung von A b e r s t u n d e n kennt auch unser Tarif nicht. Wohl gibt es eine gewisse Leistungspflicht, aber nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die in Ziffer 1 des § 8 des Tarifs ganz genau festgelegt sind. Wir ver- zichten darauf, diese Voraussetzungen hier im einzel- nen zu wiederholen. Ob aber diese Voraussetzungen in einzelnen Fällen erfüllt sind und infolgedessen eine Leistungspflicht für A b e r s t u n d e n gegeben ist, hat glück- licherweise nicht der Prinzipal oder die Geschäfts- leitung allein zu bestimmen, sondern dazu gehört auch die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiterchaft, zu deren Aufgabe es gehört, die Vermeidung von A b e r s t u n d e n durch vorbeugende Maßnahmen anzu- streben. Ist die gesetzliche Betriebsvertretung nicht der Überzeugung, daß die in § 8 Ziffer 1 und 2 aufgezähl- ten Maßnahmen durchgeführt sind, obwohl sie möglich wären, dann besteht auch nicht für eine einzige A b e r s t u n d e die tarifliche Leistungspflicht. Der ganze Zauber der „Zeitschrift“ über eine tarifliche Leistungspflicht von A b e r s t u n d e n ist daher nicht einmal die Kosten seines Zeilenpreises wert. Wir wissen, daß die Ge- hilsenschaft in der A b e r s t u n d e n f r a g e sehr wohl mit sich reden läßt, wenn man dies vernünftig und nicht an- maßend versucht. Aber mit Zwangstraben und andern Giftgasen aus dem juristischen Gekochel überreizter Unternehmerphobie läßt sich nur das Gegenteil da- von erreichen. Auch hier wird sich also ein „Kurztreten“ als sehr heilsam erweisen, wie überhaupt in dieser kritischen Zeit der Deutsche Buchdrucker-Verein gut daran täte, die Gehilsenschaft nicht noch mehr zu reizen, wenn er nicht am Ende vom Liebe doch noch vor einem Scherbenhaufen stehen will.

Entscheidung der Berliner Kollegenchaft

In einer von nahezu 1000 Delegierten besuchten außer- ordentlichen Generalversammlung des Berliner Gauvereins im Verband der Deutschen Buchdrucker am Mittwoch, dem 28. März, nahmen die Vertrauensleute sämtlicher Berliner Buchdrucker-ereien im großen Saale der „Brotbackerei“ in der Fidei- strasse Stellung zu der durch das Diktat des Reichsarbeits- ministeriums geschaffenen Lage.

Das einleitende Referat über den Stand der Dinge er- stattete der erste Gauvorsitzer B r a u n. In sachlich klarer Weise zeichnete er in kurzen Strichen ein Gesamtbild der Situation vom ersten bis zum letzten Stadium der dies- maligen Lohnverhandlungen und kam unter mehrfachen stämmigen Unterbrechungen zu der Aufforderung, daß die Berliner Buchdrucker und Verbandsmitglieder in uner- schütterlicher gewerkschaftlicher Disziplin sich wie zu Anfang der Bewegung auch jetzt hinter den Verbandsvorstand stellen und seiner Aufforderung zur Einstellung der Kampf- maßnahmen Folge leisten.

Die darauf eingehende mehrstündige Aussprache wurde von kommunistischer Seite eingeleitet. Es wurde von deren Redner das heutige Schlichtungswesen in schriftlicher Weise verurteilt und gefordert, daß die Buchdrucker der staat- lichen Verbindlichserklärung zum Trotz den offenen Kampf aufnehmen. Der weitere Verlauf der Aussprache bewegte sich jedoch weniger in parteipolitischen Bahnen, führte vielmehr auf die Grundlagen vernünftiger Gewerkschafts- politik zurück, auf die Verhältnisse im Gewerbe und die Möglichkeiten, trotz Verbindlichserklärung oder sonstigem gesetzlichen Zwang für eine Besserung der Lohn- und Ar- beitsverhältnisse in kommender Zeit einzutreten und wirken zu können. In der Befolgung der Aufforderung des Ver-

bandsvorstandes zur geschlossenen Rücknahme der Ründi- gung sei eine für die Geschlossenheit aller Verbandsmit- glieder zugehende, wenn auch schwere Pflichterfüllung zu erblicken, die dem Unternehmertum beweise, daß hinter den Führern des Verbandes eine Kollegenchaft stehe, auf die sich diese in jeder Beziehung verlassen können. Ausführliche Darlegungen der Rechtslage nach der Verbindlichserklärung sowie eine überzeugende Beleuchtung der Entwicklung und Bedeutung des Schlichtungswesens durch einen Vertreter des Verbandsvorstandes wurden mit großer Aufmerksam- keit angehört. Nach Ablehnung entgegengegesetzter Resolu- tionen wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am 28. März 1928 tagende außerordentliche General- versammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schrift- gießer erklärt, daß sie, n u r d e m 3 a n g e h o r e n d, um die Organisation vor größeren Schäden zu bewahren, den Anordnungen des Verbandsvorstandes folgt und von Kampfmaßnahmen gegen diesen Schiedsspruch absteht. Sie kann es aber nicht unterlassen, den staatlichen Insti- tutionen, welche ihre Macht zur Festlegung der Gewerkschaften und Niedrighaltung des Lebensstandards der Arbeiterchaft benutzen, ihre Mißachtung auszudrücken. Die Versammel- ten sind gewillt, das ihnen durch den Schiedsspruch Vor- enthaltene ohne Schädigung der Organisation auszu- gleichen.“

Eine am gleichen Abend in den „City-Festsälen“ abge- haltene Vertrauensmännerversammlung der graphischen S i l f s a r b e i t e r s c h a f t Berlins nahm den gleichen Verlauf und führte zur Annahme einer sinngemäß äh- nlichen Entschliessung.

Lohnstarif ab 1. April 1928

a) für Handschreiber, Drucker, Stereotypenreue und Galvanoplastiker (laut § 4 Ziffer 4 des Tarifs)

Orts- aus- schlag	für ersten oder hilfsjahre in der Buchdrucker-erei		Lohnklasse A Gehilfen im Alter bis zu 21 Jahren		Lohnklasse B Gehilfen im Alter von 21 bis 24 J.		Lohnklasse C Gehilfen im Alter von über 24 J.	
	Wochen- lohn	Stun- den- lohn	Wochen- lohn	Stun- den- lohn	Wochen- lohn	Stun- den- lohn	Wochen- lohn	Stun- den- lohn
	Proz.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
0	31,36	66	38,06	80	41,44	86	44,80	94
2 1/2	32,14	67	39,03	82	42,48	89	45,92	96
5	32,93	69	39,98	84	43,51	91	47,04	98
7 1/2	33,71	71	40,94	86	44,55	93	48,16	101
10	34,50	72	41,81	88	45,58	95	49,28	103
12 1/2	35,28	74	42,84	90	46,62	97	50,40	105
15	36,06	75	43,79	92	47,66	99	51,52	108
17 1/2	36,85	77	44,74	94	48,69	102	52,64	110
20	37,63	79	45,70	96	49,73	104	53,76	112
22 1/2	38,42	80	46,66	98	50,76	106	54,88	115
25	39,20	82	47,60	100	51,80	108	56,00	117

Für Maschinenfieber erhöhen sich diese Beträge um 20 Prozent und für Korrektoren um 7 1/2 Prozent. Zutrittsgebühr für Monatsleistungen: 6,00 RM. und Ortszuschlag (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs). — Berechnungssatz: 77,8 Prozent (§§ 2 u. 30 Anlage A — des Tarifs) und Ortszuschlag.

b) Einzelbetrag der Erhöhung des Wochenlohnes (auch bei übertariflicher Entlohnung)

Orts- aus- schlag	Lohnklassen			
	Neuaugelernte Gehilfen i. ersten Hilfsjahre in d. Buchdrucker-erei	A Gehilfen im Alter bis zu 21 Jahren	B Gehilfen im Alter von 21 bis 24 Jahren	C Gehilfen im Alter von über 24 Jahren
0	1,96	2,88	2,50	2,90
2 1/2	2,01	2,44	2,65	2,87
5	2,06	2,50	2,72	2,94
7 1/2	2,11	2,56	2,78	3,01
10	2,16	2,62	2,85	3,08
12 1/2	2,21	2,68	2,91	3,15
15	2,25	2,74	2,98	3,22
17 1/2	2,30	2,80	3,04	3,29
20	2,35	2,86	3,11	3,36
22 1/2	2,40	2,92	3,17	3,43
25	2,45	2,98	3,24	3,50

Für Maschinenfieber erhöhen sich diese Beträge um 20 Prozent und für Korrektoren um 7 1/2 Prozent.

c) Wöchentliches Kostgeld für Lehrlinge (§ 23 Ziffer 7 des Tarifs)

Orts- aus- schlag	Lehrjahre				Orts- aus- schlag	Lehrjahre			
	I.	II.	III.	IV.		I.	II.	III.	IV.
0	4,48	8,96	15,44	17,92	15	5,15	10,30	15,46	20,61
2 1/2	4,59	9,18	15,78	18,37	17 1/2	5,29	10,53	15,9	21,06
5	4,70	9,41	16,11	18,82	20	5,38	10,75	16,13	21,50
7 1/2	4,82	9,63	16,45	19,26	22 1/2	5,49	10,98	16,46	21,95
10	4,93	9,85	16,78	19,71	25	5,60	11,20	16,80	22,40
12 1/2	5,04	10,08	17,12	20,16					

Wenn ich Diktator sein dürfte

Der bekannte Scherl-Verlag hat in seiner „Woche“ das Resultat seiner an bekannte Dichter, Staatsmänner, Humo- risten, Juristen usw. gerichteten Preisfrage: „Was würden Sie tun, wenn Sie das Jahr 1928 regieren dürften?“, ver- öffentlicht. Diese Antworten sind mehr als sehr interessant, und es lohnt sich wirklich, sie zu lesen.

Bei dieser anregenden Festsitzung ging mir der Gedanke durch den Kopf, der mich fragte, was ich tun würde, wenn ich Diktator für das Buchdruckgewerbe sein dürfte. Denn als alter, in der Praxis stehender Betriebsleiter und Kalkulator weiß ich, daß die Preisdrückerei heute zu groß

ist, wie sie noch nie war. Diese Zustände sind nicht mehr zu ertragen, sie nehmen alle Liebe zur Kunst und schaffen Ver- hältnisse, die eines rechtschaffenen Menschen unwürdig sind.

Anzählige Anregungen wurden schon gegeben, wie man diese tiefwurzelnde Preisunterbietungen wieder aus der Welt schaffen könnte. Positives ist aber leider nicht dabei herausgekommen; nach wie vor begegnet man den unnützlichsten Unterbietungen. Und nicht immer sind es die kleinen Drucker, die unterbieten, auch große und größte Druckereien übertreffen sich hierin gegenseitig.

Um nun endlich einmal geordnete Verhältnisse zu schaffen, die auch versprechen, grundlegend auf der ganzen Front zu werden, würde ich den Preistarif um 20 Proz. herabsetzen. Ja, meine Herren, um 20 Proz. herabsetzen. Er ist ja eigentlich schon viel tiefer herabgesetzt, denn ich habe Beweise, daß 30 und 50 Proz. unter Tarif Angebote abgegeben worden sind und noch täglich abgegeben werden. Bei solchen Verhältnissen aber glauben trotzdem die Auf- traggeber, sie würden dennoch überverteilt, weil sie eben kein Vertrauen zum Buchdrucker haben. Nachher aber, wenn der Preistarif offiziell um 20 Proz. ermäßigt ist, wird auch sofort das Vertrauen wieder da sein; auch die Unterbietungen werden dann verschwinden, denn nun ist nicht mehr viel herabzulassen. Jeder Fall der Preisunter- bietung aber, der dennoch herauskommen sollte, müßte dann auch rüchsigstlos bestraft werden, wozu doch der Deutsche Buchdrucker-Verein die Macht hat.

Wenn nun der Verleger sieht, daß ihm der Buchdrucker die Hand bietet, wird er auch bemüht sein, mehr Bücher zu ver- legen. Das Buch ist heute tatsächlich zu teuer, die Verleger verlieren den Mut, neue Sachen herauszubringen. Also, ich erhoffe einen guten Erfolg davon, wenn der Preistarif, wie oben gesagt, herabgesetzt wird. Der Kaufmann, der In- dustrielle, wie überhaupt die ganze druckverbrauchende Geschäftswelt würden aufatmen, es würden sofort sich Handel und Industrie beleben, unzählige Bücher würden heraus- gegeben werden und die Druckereien würden gut zu tun bekommen. Das Sprichlein: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“, würde zur Wohlthat.

Damit ich nun nicht auf halbem Wege stehen bleiben möchte, würde ich noch folgendes tun: Ich würde die Löhne um 5 Proz. erhöhen. Dadurch schaffe ich einen Ausgleich. Denn bei dem billigeren Preistarif muß ich wohlfeilere Arbeit erzielen. Durch diese freiwillig gegebene fünfpro- zentige Lohnserhöhung aber sporne ich die Arbeiter zu intensiverer Arbeit an und erreiche dadurch weitestliche Mehrleistungen, die auch tatsächlich einen Ausgleich für die Preistarifermäßigung bedeuten. Zu machen ist dieses unbedingt. Wir müssen, wenn wir an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse ernstlich arbeiten wollen, eben Opfer bringen, und zwar große Opfer.

Aber nicht nur die Druckmaschinen und Bücher sollen die Ermäßigung erfahren; sondern auch alle Zerkleinerungs- und Injektionspreise, denn durch die Tat des Buchdruckers soll jeder profitieren.

Den Papierfabrikanten würde ich diktiert, ihre Preise gleichfalls um 20 Proz. zu ermäßigen, denn nur dadurch wird es erst möglich, ein Buch, eine Zeitung oder Zeitschrift wesentlich im Preise herabzulassen.

Auch die Schriftgießer müßten ihre Erzeugnisse um 20 Proz. ermäßigen. Wenn auch zuzugeben ist, daß die Herstellung einer Schrift bis zum vollendeten Guß viele Kosten verursacht, so ist doch immer zu bedenken, daß das Metall etwa 70 Pfennig pro Kilo kostet, die fertige Schrift aber durchschnittlich 7 bis 9 RM. Die Messinglinien müssen ebenfalls um den gleichen Betrag im Preise sinken.

Die Sechsmaschinenfabrikanten müssen die Matrizen und Ersatzteile usw. um 50 Proz. im Preise senken; es darf nicht eine Schraube, die nur Pfennige wert ist, mit Mark bezahlt werden müssen. Der Monotypie-Gesellschaft würde ich diktiert, die Matrizen für den Großgeleug leihweise abzugeben, wie sie das schon lange versprochen hat.

Die Ersatzteile für Druckmaschinen können ganz gut eine Ermäßigung um 20 Proz. vertragen. Auch die Preise für Farben müßten um 25 Proz., und die für den Walzen- guß um 10 Proz. erniedrigt werden.

Den Klischeefabrikanten würde ich folgendes aufgeben: Alle Strichfähigen — Ausnahmen können stattfinden — werden in 3-Millimeter-Zink gefertigt und lose auf Sperrholz- unterlagen geheftet; Zeitungsklischees, die vor dem Druck gematert werden, natürlich ohne Holz, Autotypien müssen mit einem zwar schmalen, aber kräftigen Fassettenrand versehen werden. Für diesen Fassettenrand muß eine Norm geschaffen werden, die für alle Autotypien gleich ist und die jede Anstalt einzuführen hat. Auch für die Größen müssen Normen eingeführt werden, die mit den Unterlagen aus irgendeinem Metall korrespondieren müssen. Diese Unter- lagen hätten die Klischeefabriken mitzuliefern gegen ent- sprechende Mehrzahlung oder auch leihweise. Damit der Setzer und Drucker keine zeitraubende Arbeit mit dem Aufmontieren der Bilder auf die Unterlagen hat, werden die Unterlagen einen Punkt schwächer gefasst, als dieses in Verbindung mit der Autotypie und der Schrifthöhe nötig ist; hier kann dann die Kraftzurichtung unter der Platte erfolgen. Diese Unterlage, die möglichst aus einem Stück bestehen muß, hat je nach Größe an allen vier Seiten Ein- kerbungen für die Fassetten. Diese Fassetten sind fastpeit- star und vier Cicero breit. Man hat also nichts weiter zu tun, als das Bild auf die Unterlage zu legen und die Fassetten in die Einkerbungen zu stecken. Die Unterlage ist stets genau so groß, als die Klischee der Autotypie. Mandyer wird nun fragen, das geht nicht; die Klischeefabrik kann das nicht machen. Das kann ich nicht gelten lassen. Recht bald wird die Klenzindustrie schon Mittel und Wege finden, solche Unterlagen zu schaffen und in Normen

zu bringen. Die Klischeeschneiderei haben es doch viel leichter in der Hand, die Unterlagen zu besorgen und exakt abzuliefern, als daß sich in der Druckerei Seher und Drucker abmühen sollen, diese zeitraubende Arbeit des Schutzbauens zu besorgen. Nun zum Preise für die Klungen. Die Anfallkosten liefern jetzt durchweg unter Tarifpreisen, 20, 25, 30, 40 und 50 Proz. bleiben sie unter Tarif. Nicht nur für Strich, sondern auch für einfache Autotypien. Warum das? Man soll doch nicht immer zusehen, wie das meiste zu erlangen ist, sondern feste Preise nehmen. Dadurch eben, daß so verschiedene Preise gefordert werden, erkennt man, daß die Tarifpreise zu hoch sind. Wenigstens für den Buchdrucker sind sie zu hoch, die Privatindustrie kann ja mehr bezahlen. Also eine Ermäßigung um 30 Proz. wäre sehr gerechtfertigt. Für Galvanos müßten 10 Proz. fallen.

Am nun auch im inneren Buchdruckerbetriebe mehr Arbeitsfreude auszulösen, würde ich nur solche Kontrollen gelten lassen, die unbedingt für die Feststellung des Herstellungspreises nötig sind. Alle anderen Kontrollen, die über jede Minute Rechenschaft ablegen sollen, würde ich verbieten. Erstens müte ich einem qualifizierten Arbeiter nicht zu, daß er das Geschäft durch Summen schädigt, und zweitens schädige ich mich selbst am meisten. Muß ein Seher z. B. auf dem Tageszettel verzeichnen, wie lange er an dieser oder jener Arbeit gebraucht hat, so wird er natürlich die gut normale Zeit angeben, die eben zu der Arbeit gebraucht wird. Er schreibt z. B. auf ¼ Stunde, ½ Stunde, 2 oder 4 Stunden. Tatsächlich aber, wenn er ein flottes Seher ist, wird er weit weniger Zeit zu den Arbeiten brauchen, er ist schnell fertig mit seinen 8 Stunden, denn er hat 2, 3 und noch mehr Stunden täglich eingespart. Diese Zeit geht dem Geschäft verloren. Denn Druck erzeugt Gegenruck. Der deutsche Arbeiter läßt sich nicht mit der Stoppsuhr oder andern Instrumenten zur Mehrleistung erzehnen. Ein pflichtgetreuer Seher aber, der entsprechend bezahlt wird, ist über solche Maßnahmen erhaben, er tut, selbst überlassen, mehr, als seine überflügen Vorgesetzten oft von ihm nach Schema & verlangen.

Das wäre also mein Diktat. Ich hoffe nicht, daß dieser Vorschlag übel genommen wird. Er kommt aus einem offenen Herzen, das fühlt, wo den Buchdrucker der Schuh drückt. Ich glaube bestimmt, daß wir durch diese Maßnahmen einen Schritt vorwärts kommen würden. Aw.

Erkläre mir . . .

„Der Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe ist wider alles Erwarten nun doch verbindlich erklärt worden.“ So ähnlich lautete die Radiomeldung, die das Wolffstelegramm aus dem Reichsarbeitsministerium bestätigte. Also eine neutrale Stelle sagt bezeichnenderweise: „wider alles Erwarten!“

Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der gesamten Buchdrucker-Deutschlands; was man auf die erste Nachricht hin noch für eine Falschmeldung gehalten hatte, war also Wahrheit geworden. Die Erregung steigerte sich aber noch, als dann am Montag die „Begründung“ (!) in der Tagespresse zu lesen war. Wir waren gespannt darauf, welche überzeugenden Momente der Reichsarbeitsminister wohl für seine Verbindlichkeitsklärung ins Feld führen könne. Aber nichts von dem, statt dessen ein paar allgemeine Redensarten, die die Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im Buchdruckergewerbe nur allzu deutlich erkennen lassen. „Bei einheitlicher Beurteilung des gesamten Gewerbes muß daher berücksichtigt werden, daß schon die im Schiedspruch vorgeschlagene Lohnerhöhung für viele dieser mittleren und kleineren Betriebe eine Belastung ist, welche die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bedeutet.“ Das ist der ausschlaggebende Satz in dieser Begründung. Man faßt sich an den Kopf; hat denn der Herr Reichsarbeitsminister außer den Berliner Druckereien, die alle nach dem Kriege erstandenen pompösen Bauten der Provinzzeitungsbarone nicht gesehen? Zu welchen Anschaffungen konnte sich nicht selbst das kleinste Provinzblättchen verweisen? Bedenken die überschwebelichen Maschinen- und Materialanschaffungen und die Errichtung der Palastbauten etwa die „Grenze der Leistungsfähigkeit“ oder etwa die luxuriösen persönlichen Aufwendungen — — —? Es ist schon richtig, es gibt zwei Arten von Buchdruckereibesitzern, und diese zweite Art sind die Besitzer der reinen Klischedruckerei, hier ist vielleicht die Lage in finanzieller Beziehung unangünstiger. Es bedarf aber auch für diese einen besonderen Schutzes durch den Arbeitsminister nicht. Denn hieran tragen diese Herren einzig und allein selbst die Schuld, dieses ist auch den führenden Prinzipalen im DBV im Übermaß bekannt. Grenzenlose Schmutzkonkurrenz und technische Unfähigkeit, die wirklichen Selbstkosten der einzelnen Aufträge zu erfassen, und nicht die minimalen Gehilfenlöhne sind nur zu oft schuld an diesen Zuständen. Die Konjunktur ist gut, Arbeit genügend vorhanden, aber muß denn die ganze Geschäftsunfähigkeit auf dem Rücken der Gehilfenlast ausgegossen werden? Aber es ist recht billig und bedarf keiner besonderen geistigen Befähigung, wenn man am Ende des Jahres eine unübersichtliche Bilanz zieht und dann in schwülstem Untertone erklärt: „Die Löhne sind zu hoch!“

Erhält man nicht tagtäglich die haarsträubendsten Fälle von Unterangeboten? Der Verlust bei einem einzigen Unterangebot genügt oft zur völligen Befriedigung der Gehilfenforderung für das gesamte Personal! Zum Beweis nur einige Beispiele aus den letzten Tagen! Ein mittlerer Betrieb, der sich entsprechend den hiesigen Verhältnissen zu den „Großen“ zählt, erstand mit einem Gebot von

etwa 750 M. eine Arbeit von rund 80 Seiten Quart, teilweise kleinere Tabellen, durchschnittlich 4—5 Stunden Satz pro Seite = etwa 350 Satzstunden!!! hinzu kommt Schließen und Einrichten, Druck und Papier, Falzen und Heften usw. Dabei erhielt der frühere Drucker schon 1921 und 1925 für die gleiche Arbeit bei nur 70 Seiten 1250 bis 1300 M. In einem andern Falle unterbot die gleiche Firma drei ihrer Kollegen um 33½ Proz. bei einem Auftrag von etwa 3000 M., also um 1000 M. Aber heute ist's diese und morgen die andre Firma, und dann heißt's: „Unrentabilität des Gewerbes“. Vom Preistarif will ich gar nicht reden, denn diese überflügen Kalkulatoren, die im Augenblick der Kalkulation keine andern Kosten kennen als nur die „unverhättnen“ Gehilfenlöhne, sind ja viel, viel schlauber als die Schaffer des Buchdruckpreistarifs. So scheuen sich denn die Mitglieder unseres Vertragskontingenten, des DBV, nicht, im wilden Konkurrenzkampf durch unverantwortliche Preisunterbietungen sich gegenseitig die Aufträge abzuliegen, die bestimmt ein Vielfaches dessen ausmachen, was den Gehilfen in dieser Lohnbewegung von ihren berechtigten Forderungen vorenthalten wurde.



Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Marggraf in Berlin
Eingetreten: 31. März 1878
in Berlin, 7. Sept. Invalide



Hugo Doyer in Leipzig
Eingetreten: 1. April 1878
7. Sept. Invalide



Bertold Schilling in Breslau
Eingetreten: 1. April 1878 in Langensalza (Schr.). 7. Sept. Invalide



Der Teil im Unternehmertum des Buchdruckergewerbes, der durch fortgesetzte Unterminiarbeit die Lebensfähigkeit desselben untergräbt, hat keinerlei Schonung verdient und sollte rücksichtslos ausgemerzt werden.

Wie im kleinen, so im großen: solange die deutsche Wirtschaft ihr Heil daran sieht, dem schaffenden Volke nur die alternativsten Mittel zur Existenz zu geben, so lange wird sie stagnieren, trotz aller ausgefallenen Nationalisierung und Handarbeit, der Weg zum Weltmarkt kann nur über eine gesunde Kaufkraft des eignen Volkes gehen!
Machen.

Das Buchgewerbe im Ausland

Dänemark. Der langjährige Vorsitzende des Kopenhagener Typographenvereins, Kollege Julius Samuelsen, ist vor kurzem von seinem Posten zurückgetreten, um zur Seemannsliste zurückzukehren. An seine Stelle wurde Kollege Sigvald Hellberg mit überwältigender Mehrheit gewählt. — Der Kopenhagener Prinzipalsverein feierte am 10. März sein 25jähriges Jubiläum.

Norwegen. Der norwegische Verband erkundete vor kurzem zwei Druckerkollegen zum Studium des Offsetdrucks nach Deutschland. Da mit der Möglichkeit von Aufstellung von Offsetpressen in Norwegen gerechnet werden muß, will der Buchdruckerverband den Druckern die Arbeitsgelegenheit an dieser Maschine sichern.

Holland. Wie wir schon berichtet haben, hatten die holländischen Prinzipale den mit den Buchdruckergehilfen ver-

einbarten Tarif gekündigt mit der Erklärung, daß sie dazu bereit seien, Verhandlungen über ein neues Abkommen anzubahnen. Gehilfenseitig hatte man diese Kündigung wohl nicht erwartet, aber ruhig hin genommen. Bei den sehr unliebamen Konsequenzen, die in Holland mit der Tarifvereinbarung, wozu auch die Aufrechterhaltung des Preistarifs gehört, für die Gehilfenchaft verbunden sind, bleibt es immerhin ein gefährliches Experiment, den Tarifgedanken fallen zu lassen und in eine Periode der vollkommenen Reglosigkeit der Arbeitsbedingungen hineinzugeraten. Die Gerechtigkeit also der Gehilfenverbände, sich mit den Prinzipalvertretern wieder an den Verhandlungstisch zu setzen, war nicht unvermifft, ließ jedenfalls darauf schließen, daß man sich in keiner Hinsicht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gefallen lassen würde. Das war selbstverständlich; aber ebenso natürlich war es, daß die Prinzipale bei der Einreichung des Kündigungsbriefes damit gewisse Absichten zu verwirklichen suchten. Als nun beschloffen wurde, mit den Vertretern des Prinzipalverbandes die Beratungen anzufangen, vernünftigen die Gehilfen die Gelegenheiten nicht, ihre Wünsche und Forderungen einzubringen. Aber was ist nun herausgekommen aus dem Schmelztiegel der Unterhandlungen? Dieses Ergebnis: der alte Tarif, nur mit einigen unbedeutenden Veränderungen, wurde wieder für die Dauer von zwei Jahren und sieben Monaten abgeschloffen. Um dieses Resultat zu erreichen, brauchte man immerhin noch 16 Verhandlungstage. Wenn es auch am Ende der Beratungen keine Sieger und keine Besiegte gab, so ist dieser Ausgang doch für den Gehilfenverband ein Beweis seiner Kraft, weil man imstande war, den Verschlechterungsanträgen der Prinzipale energisch entgegenzutreten und die alten Arbeitsbedingungen zu behaupten. Auch die mit dem Buchdruckerarif verknüpfte Lehrlingsregelung wurde ohne bedeutende Änderungen erneut festgesetzt. Dasselbe Ergebnis hatten auch die Unterhandlungen über einen neuen Tarif für das Buchbindergewerbe. — Die am 10. und 11. März abgeschlossene außerordentliche Generalversammlung des Verbandes diskutierte ausführlich über die Ergebnisse der Unterhandlungskommission, stand aber vor vollkommenen Taktlosen: sie hatte die Vorlage nur anzunehmen oder abzulehnen; etwaige Änderungen darin konnten nicht mehr beantragt werden. Der Hauptvorstand beantwortete das Zustandekommen kräftig, weil der Tarif in seiner jetzigen Fassung doch noch immer die meist vitalen Interessen der Gehilfen beschütze. Schließlich wurden die vereinbarten Tarife von der Versammlung einstimmig angenommen. Statutgemäß wird noch eine Abstimmung in letzter Instanz über die Vereinbarungen entscheiden. Die wöchentliche Arbeitszeit im holländischen Buchdruckergewerbe beträgt 48 Stunden. Die Minimumstundenlöhne in der ersten Gemeindeflasse betragen für 24jährige Gehilfen 75 Cents für Handsetzer, Monotypelasser, Metteure, Drucker und Expeditoren; 82 Cents für Maschinensetzer, Monotypen- und Schriftgießer; 77 Cents für Galvanoplastiker und Stereotypisten. Die Löhne der Kolationsdrucker betragen in der Maschinenklasse A 82 und in B 73 Cents. — Anfang dieses Jahres trat die Amsterdamer Buchdruckerfirma Jonker wegen einer Differenz, den Preistarif betreffend, aus der Prinzipalsorganisation aus, wodurch die dort arbeitenden Gehilfen die Arbeit niederlegen mußten. Der Betrieb wird unter sehr schwierigen Umständen mit Streikbrechern nur notdürftig im Gange gehalten.

Belgien. Die Geburtswehen, um eine neue Prinzipalsorganisation für das belgische Buchgewerbe zur Welt zu bringen, ziehen sich hin. Eine konstituierende Versammlung von Delegierten, die auf den 8. März einberufen war, war nicht beschlußfähig und vertagte sich auf einen späteren Zeitpunkt. Falls auch dann der Wurf nicht gelingen sollte, wird es schwer halten, die Tarifverhandlungen für den 1. Mai zum Abschluß zu bringen. Die Gehilfenorganisationen sind deshalb mit der Auflassung von Verhaltensmaßnahmen beschäftigt für eine eventuelle tariflose Zeit. Man ist anscheinend in Gehilfenkreisen eher geneigt, sich die Handlungsfreiheit zu wahren, als sich von den Zerklümmerten des alten Prinzipalverbandes — den voraussichtlichen neuen Männern — einen Arbeitsvertrag aufhängen zu lassen, der gegenüber dem ablaufenden Tarifvertrag wahrscheinlich Verschlechterungen aufweisen würde. Diese Ansicht kommt in den Sektionsversammlungen unversehrt zum Ausdruck. In Lüttich hat man eine dahinjehende Entschließung einstimmig angenommen und betont, daß kein Opfer zu schwer sein werde, um den gerechten Forderungen der Bucharbeiter zum Siege zu verhelfen. — Die Berufsverbände der belgischen Lithographen und Buchbinder haben sich nach dem Kriege zu einem Syndikatverband zusammengeschlossen. Der Typographenbund, der an den damaligen Zusammenschlußverhandlungen beteiligt war, konnte sich nicht dazu entschließen, den Dritten im Bunde zu machen. Sein Zusammengehen mit den beiden verwandten Verbänden beschränkt sich heute noch auf die Gemeinsamkeit des Vorgehens bei Tarifverhandlungen. Hauptgrund für das Weichhalten der Buchdrucker bildete Artikel 4 der Verbandsstatuten, der den Anschluß der Buchdruckerorganisation an eine politische Partei unterlag. Man möchte strikte Neutralität wahren, um den Anhängern der verschiedenen politischen und andern Richtungen das Zusammenarbeiten in einem Verbande zu ermöglichen. Wiederholt haben deshalb die Kongresse mit großer Mehrheit das Aufgeben des Typographenbundes im Industrierverband abgelehnt; nur die Sektion Brillen war von jeherrige Anhängern des Zusammenschlußgedankens. Angesichts der augenblicklichen Schwierigkeiten bei der Tarifverneuerung scheint die Frage der Schaffung

des Industrieverbandes für das graphische Gewerbe wieder an Bedeutung zu gewinnen, da man hieraus eine nicht zu unterschätzende Stärkung der Gewerkschaft erwartet für die Kämpfe, die in nächster Zeit wohl auf der Tagesordnung stehen werden. Die Anhänger der Beschmelzungsbestrebungen heben — vielleicht nicht zu Unrecht — hervor, daß die bisherige Neutralität des Buchdruckerverbandes es nicht verhindern konnte, daß in manchen Städten christliche Gegenorganisationen entstanden, die sich fast einen Sport daraus machten, der Aktion des Verbandes Steine in den Weg zu legen. Sie sind deshalb auch der Ansicht, daß durch reinliche Scheidung und Betonung des freigeberischen Standpunktes das Prestige der graphischen Organisationen nur gewinnen könne. Für den Typographenbund bestehen aber in betreff der Fusion noch andre Bedenken, die wir vielleicht ein andermal darstellen werden.

Frankreich. Wer die bisherige Taktik des größten Teiles der französischen Gewerkschaften kennt, die in der Hauptsache darauf eingestellt war, durch Ausnutzung der jeweiligen Konjunktur vermittelte Erfolge zu erzielen, die nur zu oft Augenblickserfolge waren und bei dem geringsten Rückschlag illusorisch wurden, der würdigt um so mehr das konsequente Bestehen des französischen Bucharbeiterverbandes, der von jeher und besonders in den letzten Jahren es sich zur Aufgabe gestellt hat, nach dem Beispiel der ausländischen Gewerkschaften durch *Ausbau der Verbandsleistungen* das feste Fundament zu bilden, das ihm ermöglicht, in Zeiten schwankender oder gar sinkender Konjunktur im großen ganzen die bisherigen Erwerbseigenschaften zu wahren, manchmal sogar zu verbessern und zu erweitern. Es ist dies um so höher zu bewerten, wenn man sich die Lage vergegenwärtigt, in die der Verband durch die Ereignisse des Jahres 1914 und der Folgezeit gedrängt wurde. Am Tage der Kriegserklärung stellte der Verband seine Tätigkeit ein. Beiträge wurden nicht mehr erhoben, Unterstellungen nicht mehr gewährt. Der Sekretär und der Kassierer stellten nur die Verbindung mit den nicht einberufenen Mitgliedern aufrecht und vermittelten von Fall zu Fall ausnahmsweise Unterstellungen an Familien von Einberufenen oder an Flüchtlinge aus den Nord- und Ostdepartements. Auch vergaß man die Urkauer nicht, die vorübergehend in Paris weilten. Korrespondenzen an Mitglieder waren gewöhnlich von einem kleineren oder größeren Geldbetrag begleitet. Beiträge wurden nicht erhoben während des zweiten Halbjahres 1914, des Jahres 1915 und der neun ersten Monate des Jahres 1916. Nach einem Referendum im Oktober 1916 wurde vom ersten deselben Monats ab ein Beitrag von 0,25 Fr. eingeführt, einstuweisen ohne obligatorischen Charakter. Man konnte sich jetzt überhaupt erst ein Bild machen von der Zahl der unter die Waffen berufenen Mitglieder. 3644 Zahlende bildeten das Rückgrat derjenigen, die nicht zum Kriegsdienst herangezogen worden waren. Sie hatten von nun an, in Gemeinschaft mit dem Zentralvorstand, die Pflicht, den Kern der einzelnen Drigruppen zu bilden und die Aufnahme der Verbandstätigkeit nach dem Kriege vorzubereiten. Dank dieser Vorzüge brachten nach der Demobilisierung die heimkehrenden Mitglieder sich nur bei ihren resp. Ortsvereinen zu melden. Man kann sagen, daß im Demobilisierungsjahr 1919 alle diejenigen früheren Mitglieder, die den Krieg überlebt hatten, sich wieder beim Verband einreihen ließen. Wenn nun trotz der überaus großen Zahl der im Felde Gefallenen und der hoffnungslos Verbliebenen im Jahre 1919 eine erhebliche Zunahme der Effektivbestände des Verbandes zu verzeichnen ist, so muß man annehmen, daß die einberufenen Mitglieder gute Propagandisten für die Verbandsangelegenheiten sind. In Voraussicht der Rückkehr der Mobilisierten und um möglichst bald die Verbandstätigkeit in vollem Umfang wieder aufnehmen zu können, wurde ab 1. Januar 1919 die volle Beitragspflicht wieder eingeführt. Diese Maßnahmen erlaubten, sofort wieder in die gewerkschaftlichen Aufgaben heranzutreten und besonders die Löhne den Teuerungsverhältnissen anzupassen. Schon im Januar 1919 wurde erstmalig in *De Mans* eine Lohnbewegung ausgelöst, und in ununterbrochener Folge ziefen alle Anfruchtungen dahin, das während des Krieges verlorene Terrain wiederzugewinnen. Aber noch heute findet man in manchen Städten Abergelbeser der während des Krieges eingerissenen Affekten. So beklagt sich die Kollegenschaft von *Montes*, daß in einer dortigen Tageszeitung die Arbeitszeit noch 64 Stunden wöchentlich beträgt. Trotz dieser langen Arbeitsdauer werden die Gehilfen unter Minimum bezahlt. Döfson die Gewerbeinspektion auf diese Zustände aufmerksam gemacht wurde, scheint sie nicht einzusehen zu wollen. *Strasbourg* verzeichnet eine Lohnerhöhung von 1,30 Fr. infolge Steigens der Indexziffer. Wegen Fallens der Indexziffer sieht *Livourne* den Tagelohn von 35 auf 32,50 Fr. sinken. *Romans* konnte den bisherigen Regionalrat aufrecht erhalten, erleidet aber infolge der sinkenden Lohnskala einen Abbruch von 1,50 Fr. pro Tag. Die Feiertagsbezahlung wurde beibehalten. *Rouen* verliert 0,50 Fr. pro Tag. Aus fadenähnlichen Gründen ist der Kassierer der Sektion *Nouen* aus dem Betrieb entlassen worden, in dem er seit 20 Jahren tätig war. Die Kollegenschaft will die Kündigung nicht gelten lassen, da sie darin Repräsentation gegen den Verbandsfunktionär wittert. — Der Zentralvorstand sucht nunmehr den mit den Pariser Zeitungsverlegern abgeschlossenen Lohnvertrag der Zeitungsverleger auch auf die Zeitungsdrucker auszuweiten. Infolge fallender Indexziffer droht den Pariser Zeitungsarbeitern eine

Lohnverminderung von 0,45 Fr. die Stunde. Die Sektion glaubt jedoch, daß der Moment jetzt günstig ist, um den Mindestlohn zu verbessern. Der Vorstand hat beschlossen, allen Mitgliedern, die wegen Nichtbewilligung des Stundenlohnes von 6,15 Fr. die Arbeit niederlegen, Streikunterstützung zu gewähren. — In *Macou* befindet sich die Gewerkschaft fast sämtlicher Betriebe im *Ausstand*. Ihre von der Prinzipalität abgelehnte Forderung lautete auf einen Lohn, der um 15 Proz. niedriger ist, als derjenige von *Nyon*. Um die Herstellung seiner Tageszeitung zu ermöglichen, hatte ein Druckereibesitzer eine Bande *Kausreißer* engagiert zum Tagelohn von 80 Fr., mehr als das Doppelte des Lohnes, der vom Verband verlangt worden war. Trotzdem gelang die Herstellung des Blattes nicht. — Trotz sinkender Indexziffer machten die Prinzipale von *Verailles* von ihrem Rechte des Lohnabzugs keinen Gebrauch. Eine früher fällige Lohnherabsetzung war ebenfalls nicht vorgenommen worden. — Die Pariser „*Imprimerie des Arts et Manufactures*“ hat ihren Betrieb eingestellt. 14 Rotationsmaschinen und 20 Linotypen und Monotypen stehen zum Verkauf. — In *Mech* hat sich, wie seinerzeit im „*Korr.*“ berichtet wurde, eine *Sakfabrik* aufgelöst, um die kleinen Druckereibetriebe des *Moseldepartements* im Bedarfsfalle mit Linotypen zu versorgen. Bedeuten solche Institute im allgemeinen eine offenbare Schädigung der Gewerkschaft, so war in diesem besonderen Falle von Anfang an schon gemunkelt worden, daß der *Ikabar* der *Sakfabrik* es mit den tariflichen Bestimmungen nicht allzu genau nehme. Er war deshalb schließlich auf Betreiben des Gewerkschaftsverbandes vor das departementale Tarifamt geladen worden, weil er seinem Maschinenpersonal weder die Zuschläge für Nachtarbeit noch diejenigen für Überstunden bezahle. Mangels genügender Beweise konnte das Tarifamt dem Antrag auf Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft keine Folge geben. In der „*Imprimerie Francaise*“ wiederholte nun der Vorsitzende der Sektion *Mech*, Kollege *Ch. Becker*, die Anschuldigungen gegen die *Sakfabrik* und hofft, daß man ihn dafür vor das Zivilgericht zitiere, damit die an der Sache Beteiligten unter Eid über die Zustände in dem Betrieb auszusagen müssen. — Der Beschluß des Zentralvorstandes des Bucharbeiterverbandes, allen Mitgliedern der Sektion *Paris*, die noch nicht im Genuß des Stundenlohnes von 6,15 Fr. sind, im Falle ihres Eintretens für die allgemeine Einführung dieses Stundenlohnminimums die Streikunterstützung des Verbandes zu gewähren, hat in mehreren Betrieben den *Ausstand* ausgelöst. 80 Gehilfen der Firma *Dupont in Cligny* haben die Arbeit eingestellt, nur die *Antikaren* (*Kommunisten*) sind stehen geblieben und erklärten sich sogar mit einem Lohnabzug von 0,10 Fr. pro Stunde einverstanden. Desgleichen in der *Druckerei Hénon*, wo nur zwei ob der drei *Antikaren* sich der Verbandskollegen anschließen, während der größte Teil dieser sonderbaren *Brüder* weiter *schuftet*. Die *Druckerei Chaix* hatte eine Anzahl *Druckaufträge* für die Firma *Dupont* übernommen; die Gehilfen drohten mit dem *Ausstand*, falls die Betriebsleitung auf der Herstellung dieser verbotenen Arbeit beharre. — Infolge Anwendung des Artikels 11 des neuen Reglements, das für die *Pariser Maschinenhersteller* eine effektive Sechzeit von 6½ Stunden (statt früher 7) vorsieht, beklagte sich der Leiter eines großen Zeitungsbetriebes über das unerhörtmäßig starke Zurückgehen der Leistungen seines Personals. Ein Delegierter des Sektionsvorstandes gab im Verein mit dem Verbandssekretär der Direktion Aufklärungen über die durch das neue Reglement für die *Maschinenhersteller* der gesamten Pariser Region geschaffene Lage, was zur Beilegung des Zwischenfalles führte. — *Druckereien*, die von tariffreien Druckereien hergestellt werden, sind in Frankreich durch einen besonderen Ausdruck, das *Verbandslabel*, gekennzeichnet. Anfanglich der allgemeinen Wahlen für *Kammer* und *Senat* hat der Bucharbeiterverband eine große Propaganda zur allgemeinen Anwendung des Labels eingeleitet. Durch Plakate werden die Wähler des ganzen Landes aufgefordert, alle Kandidaten zu bekämpfen, deren *Druckmaschinen* das Verbandszeichen nicht tragen. — In *Brest* sind die Lohnverhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die Gehilfen verlangen eine Lohnerhöhung von 4 Fr. täglich, während die Prinzipale bloß 2 Fr. zugestehen wollen. Mehrere Firmen, deren Arbeiter in den *Ausstand* getreten sind, haben sich an das in *Paris* bestehende, unter dem pompösen Titel „*Arbeitsfreiheit*“, Verband der antirevolutionären Arbeiter Frankreichs, eingetragene Institut für Vermittlung von Streikbrechern gewandt, um ihren Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten. Diesen Helfern in der *Not* wird ein Tagelohn von 80 Fr. nebst freier Station und bezahlter Reise garantiert. Im *Verdär* an der *Arbeiterstraße* zu gewinnen, wirt man das Geld zum Fenster hinaus; wegen einer Differenz von *knappen* 2 Fr. läßt man eingearbeitete Personale zum *äußersten* greifen. — *Lunéville* errang eine Lohnaufbesserung von 2 Fr. pro Tag. *Chambéry* erhöhte seinen Grundlohn um 0,50 Goldcentimes und erhielt eine Woche bezahlte Ferien. In *Macou* und *Rancé* dauert der Streik unverändert an. *Wien* sah infolge sinkender Indexziffer seinen Lohn um 1,50 Fr. pro Tag heruntergehen. *Chalon-sur-Saône* hat einen neuen Vertrag abgeschlossen, der eine Woche Ferien garantiert.

Großbritannien. Eine wichtige Konstatierung in bezug auf den *Invalidenunterstützungsfonds* des englischen Provinzialverbandes wurde vom Verbandssekretär *Stinner* gelegentlich einer Buchdruckerparlamentung in *Manchester* gemacht. Er wies in einer Art *Nachricht* auf den

starken Zuwachs der *Invaliden* hin, der in den letzten Jahren zu verzeichnen war und für den *Invalidenunterstützungsfonds* bedrohlich geworden ist. Die *Mitgliederbeiträge* reichen nicht mehr aus, um den *Anforderungen* des *Invalidenunterstützungsfonds* entsprechen zu können. Entweder müsse eine wesentliche *Beitrags*erhöhung oder eine *Herabsetzung* der *Leistungen* eintreten. Nach Meinung des *Kollegen Stinner* trägt in der *Hauptsache* das *neugeschaffene* *Gesetz* über die *Gewährung* von *Alterspensionen* vom *65. Lebensjahre* an die *Schuld* an dem *starken* *Zuwachs* der *Buchdruckerinvaliden*. Andererseits ist dieser auf die *zunehmende* *Gewährung* von *Alterspensionen* durch die *Zeitungs*betriebe *zurückzuführen*. Die *Hinweise* *Stinners* auf die *Kostage* des *Invalidenunterstützungsfonds* der *Provinzialorganisation* hat bei den *Mitgliedern* ziemliche *Beunruhigung* erweckt, die ihre *zukünftigen* *Ansprüche* *gefährdet* sehen. — Der *Plan Lord Rothermeres*, eines *englischen* *Zeitungs* Königs, eine *große* *Reihe* von *Abendzeitungen* in den *englischen* *Provinzen* und in *Schottland* *herauszubringen*, bildet *gegenwärtig* das *Gesprächsthema* in *Kollegienkreisen*. Mit *Hilfe* eines *Kapitals* von *drei bis vier Millionen* *Pfund* soll dieser *Plan* *verwirklicht* werden. Die *ersten* *Schritte* dazu sind durch die *Herausgabe* von *neuen* *Abendzeitungen* in *Manchester*, *Wesfast*, *Newcastle*, *Birmingham* und *Bristol* *bereits* *getan*. Sie sollen *später* *Fortsetzung* finden durch *gleiche* *Unternehmungen* in den *Städten* *Edinburg*, *Aberdeen*, *Liverpool*, *Sheffield*, *Hull*, *Nottingham*, *Wolverhampton*, *Leicester* und *Cardiff*. Der „*Mann* von der *Strasse*“ erblickt in dem *kühnen* *Plan* *Lord Rothermeres* ein *Beispiel* *moderner* *Unternehmungsgelstes*. Aber die *praktische* *Frage* für uns *Buchdrucker* ist, ob die *Leiter* dieser *Unternehmungen* *genügend* *erfahrene* *Mannschaften* *finden* werden. *Son* den *im* *ganzen* *Land* *gegenwärtig* *arbeitslos* *171* *Linotypen* und *Monotypen* *sind* *nur* *87* *in* *der* *Provinz* *wohnhaft*. *Jedenfalls* *handelt* *es* *sich* *bei* *dem* *ganzen* *Plan* *um* *einen* *interessanten* *Beruf*, der *vielleicht* *zum* *Weidepunkt* *in* *der* *Geschichte* *der* *englischen* *Presse* *wird*.

Korrespondenzen

Machen. Unsere erste diesjährige *Beitzungsverjammlung* am 26. Februar wurde von der „*Graphia*“ mit zwei *entsprechenden* *Viedervorträgen* eingeleitet. Nachdem dann *Vorsitzender* *Kieck* den *Arbeits* *zweier* *kirchlich* *vertretender* *Kollegen* *geehrt* *hatte*, *erstattete* *er* *einen* *Bericht* *über* *das* *abgelaufene* *Geschäftsjahr* *und* *ging* *dann* *zu* *den* *Tagesfragen* *unser* *Verbands* *Lebens* *über*. *Ausföhrlich* *macht* *sich* *in* *unserm* *Beizt* *die* *Einstellung* *von* *so* *genannten* *Volontären* *in* *Kleinbetrieben* *bemerkbar*; *nach* *Lage* *der* *Umstände* *muß* *darin* *eine* *Umgebung* *des* *Lohn* *tarifs* *bzw.* *der* *Beizlings* *fala* *erblickt* *werden*. *Es* *wurden* *die* *erforderlichen* *Schritte* *dagegen* *eingeleitet*. *Das* *Druckereien* *Neuhaus* *&* *Ko.* (*Machen*) *wurden* *wegen* *fortgesetzter* *Lohnrückstände* *für* *tariffreie* *Gehilfen* *geschlossen*. *Der* *Bericht* *des* *Kassierers* *Han* *gen* *über* *seine* *multigürtige* *Kassenführung* *gab* *wie* *üblich* *Anlaß* *zur* *Erörterung* *der* *Restantenliste*, *wobei* *in* *einem* *Falle* *Ausschluß* *erfolgte*. *Für* *die* *Berechnung* *des* *Jahres* *geldes* *zur* *Beizrs* *verammlung* *wird* *in* *Zukunft* *wieder* *der* *Kon* *ditions* *ort* *maßgebend* *sein*, *sofern* *er* *mehr* *als* *10* *Kilo* *meter* *zum* *Besammungs* *ort* *entfernt* *ist*. *In* *etwa* *zwei* *stündigem* *Referat* *verbreitete* *sich* *Kollege* *Kieck* *in* *Sodann* *über* *das* *Thema*: „*Krankenkassenverband* *und* *Vertrauens* *arzi*“, *es* *war* *aktuell* *durch* *einen* *kirchlich* *verhandelt* *Beizidungs* *proph* *Vertrauens* *arzi* *contra* „*Machener* *Arbeiter* *zeitung*“. *Der* *Vortrag* *gab* *Beifall*, *rief* *aber* *auch* *manderlei* *Kritiker* *an* *den* *Krankentafelverhältnissen* *auf* *den* *Plan*, *die* *der* *Vorsitzende* *auf* *den* *Beschwerbeweg* *ver* *wies*. *Bestrebungen*, *die* *die* *Einführung* *eines* *lokalen*, *d. h.* *nach* *Familienverhältnissen* *gestaffelten* *Krankeng* *gelbes* *zum* *Ziel* *haben*, *findet* *entschiedene* *Abweisung* *durch* *die* *Besammung*. *Bei* *der* *Vorstandswahl* *zeigte* *die* *Besammung* *für* *das* *Ruhebedürfnis* *einzelner* *Vorstand* *mitglieder* *keine* *Gegenliebe*. *Der* *Vorstand* *bleib* *in* *seiner* *bisherigen* *Zusammensetzung*. *Es* *wurde* *nach* *ein* *Beschluß* *dahingehend* *gefaßt*, *daß* *die* *nächste* *Beizrs* *verammlung* *mit* *einem* *Beizt* *der* *„Pressa“* *verbunden* *werden*, *also* *in* *Köln* *stattfinden* *soll*. *Endlich* *wurde* *einer* *Antegung* *satt* *gegeben*, *in* *Zukunft* *von* *Zeit* *zu* *Zeit* *Vorstandskongressen* *in* *Beizt* *abzuhalten*, *um* *eine* *nach* *engere* *Zusammen* *arbeit* *im* *Beizt* *herbeizuföhren*.

Krefeld (Zür.) Am 25. Februar beging unser Ortsverein sein 25jähriges *Jubiläum* *im* *festlich* *geschmückten* *Kirchhaus*. *Kollege* *Wislaug* (*Weimar*) *schilderte* *in* *seiner* *Festrede* *in* *trefflicher* *Weise* *die* *Ent* *wicklung* *unser* *Verbandes*. *Die* *Freien* *Sänger* *Krefeld*, *unter* *Leitung* *des* *Gandvirten* *Artur* *Herder*, *der* *Arbeiter* *Turn* *und* *Sportverein*, *der* *Ausfertigungs* *Leitende*, *die* *Stadtkapelle* *Krefeld* *verschönten* *die* *harmo* *nisch* *verlaufene* *Feier*. *Die* *Gründer* *und* *Jubilare* *wurden* *in* *entsprechender* *Weise* *durch* *den* *Beizrs* *vor* *sitzenden* *Sta* *ge* (*Geurt*) *geehrt*. *Ein* *Festball* *foigte* *für* *einen* *gemütlichen* *Abchluß* *des* *Abends*. *Die* *Anteilnahme* *der* *auswärtigen* *Kollegen* *und* *der* *organisierten* *Arbeiter* *schaft* *Krefelds* *war* *eine* *erfreuliche*. *Am* *anderen* *Tage* *trafen* *sich* *die* *auswärtigen* *und* *hiesigen* *Kollegen* *zu* *einem* *Rundgang* *durch* *die* *Stadt*, *der* *in* *der* *„Gremittage“* *endete*. *Nachmittags* *war* *gemütliches* *Beisammensein* *im* *„Wolfs* *haus“* *bis* *zur* *Stunde* *des* *Scheidens*. *Wir* *hoffen*, *daß* *der* *Sinn* *der* *schönen* *Worte*, *die* *uns* *zahlreich* *von* *auswärtigen* *Ortsvereinen* *zungen*, *zur* *Lat* *wird*, *dann* *marchiert* *der* *gewerkschaftlichen* *Gedanke* — *zum* *Außen* *aller!*

Bösum. Unsere *Verjammlung* *am* 26. Februar *wies* *trotz* *der* *wichtigen* *Tagesordnung* *einen* *schwachen* *Beizt* *auf*. *Nach* *Erledigung* *des* *geschäftlichen* *Teils* *wurde* *u. a.* *zu* *den* *bevorstehenden* *Lohnverhandlungen* *Stellung* *genommen*. *Weiter* *wurde* *die* *unzureichende* *Unterstützung* *unser* *Invaliden* *bemängelt*. *Diese* *Einrichtung* *in* *unserm* *Verbande* *erfordere* *unbedingt* *eine* *Verbesserung*, *und* *wenn* *die* *Mittel* *dazu* *nicht* *ausreichen*, *werden* *die* *Kollegen* *für* *eine* *eventuelle* *Erhöhung* *des* *Verbandsbeitrages* *volles* *Verständnis* *bezeugen*. *Dem* *nächsten* *Verbands* *tag* *soll* *ein* *beratteter* *Antrag* *unterbreitet* *werden*.

Bremen. In unserer Bezirksversammlung am 10. März hielt Kollege Wolfram (Leipzig) ein beifällig aufgenommenes Referat über „Leistungen und Löhne“. Es betonte u. a., daß die Einheit des Verbandes die Hauptaufgabe der Handbesserpartei sei und daß der Spartenegoismus bekämpft werden müsse. Das Ganze vorwärts zu treiben, müsse Aufgabe und Ziel aller Sparten sein. Nachdem einige Diskussionsredner zu dem Thema gesprochen, folgte der Referent seine Ausführungen dahin zusammen, daß alle Gegenstände verhandelt werden müßten, nützliche Zusammenarbeit für den Verband, einheitliche Marschrichtung und dann Vorwärts in der Gesamtheit. — Zu den Lohnverhandlungen nahmen die hiesigen Buchdrucker in zwei überfüllten Versammlungen Stellung. In der Versammlung am 14. März erstattete Gauvorsteher Fischer Bericht über die Verhandlungen. Den Ausführungen wurde mit größtem Interesse gefolgt, und es zeigte sich ein lebendiger Kampfesgeist für die gerechten Forderungen der Gewerkschaft. Der Spruch des Zentralgeschäftsamts wurde einstimmig abgelehnt und ein dementsprechender Antrag zum Beschluß erhoben. — Am 22. März, lagte eine weitere Versammlung, in der Bezirksvorsteher Gokert und Gauvorsteher Fischer einen Situationsbericht gaben. In einer am nächsten Tage einberufenen Betriebs- und Vertrauensmännerversammlung wurden die Berichte aus den einzelnen Betrieben entgegengenommen, und es wurde festgestellt, daß ein Teil der Unternehmer die Gerechtigkeit zeigte, unsere Forderungen nachzukommen, wenn sie durch ihre Organisation nicht daran gehindert würde. Die Kündigung wurde in allen Betrieben ausgesprochen. Trotz eines gleichlautenden Anschlages der Prinzipale in den Betrieben, daß diese die Kündigung als Tarifbruch betrachten, konnte der Kampfeswille in keiner Weise geschwächt werden. Die getroffenen Abmachungen mit den Parteilbetrieben fanden nicht die Zustimmung der Betriebsräte.

Düsseldorf. (Maschinenscher.) Zu unserer Versammlung am 4. März, die gut besucht war, stand ein Vortrag über die Intertype auf der Tagesordnung, zu dem die Intertype-Gesellschaft den Kollegen Home (Berlin) als Referenten entsandt hatte. Unter „Geschäftlichem“ fanden einige örtliche Angelegenheiten Erledigung. Unter anderem kritisierte der Vorsitzende, daß immer wieder Typographen in Düsseldorf in Kondition treten, ohne vorher beim Gauvorstand die vorgeschriebene Erkundigung einzuholen, so daß sie dann hier einen schmerzlichen Reizfall erleben. Alsdann nahm Kollege Home das Wort zu seinem instruktiven Vortrag über die Intertype-Schmashine. Seine Ausführungen, die durch gute, deutliche Lichtbilder wirksam unterstützt wurden, fanden bei den Kollegen reges Interesse. In der anschließenden Aussprache wurden Vorzüge wie Nachteile der Intertype gegenüber der Linotype eingehend besprochen. Am darauffolgenden Sonntag fand eine Besichtigung der Intertype im Betriebe der „Reinwag“ statt.

Erfurt. (Korrektoren.) Die Jahreshauptversammlung unserer Gauvereinigung bestimmte nach Erstattung des Halbjahrs- und Kasienberichts zwei Kollegen zur Nachprüfung der Kasse, als Vorkassier, Kassierer und Schriftführer sollen dem 2. Thüringer Korrektorenkongress die Kollegen König, Buchholz und Blindner vorgeschlagen werden. Dem Kollegen Stange wurde für seine 14jährige vorbildliche Verwaltung der Geschäfte des Erfurter Korrektorenvereins der Dank der Erfurter Kollegen ausgesprochen. Zur Hebung verwaltungsmäßiger Verläufe wurde dem Vorsitzenden anheimgegeben, eventuell die Hilfe der Zentralkommission in Anspruch zu nehmen. Die Werbung zeigte relativ hohe Erfolge. Sie wird fortgesetzt. Die Aprilversammlung soll über Einzelheiten des Korrektorenkongresses 1928 in Erfurt beschließen. Eine ausgiebige Debatte beschloß die Versammlung.

Essen. Inste Versammlung am 3. März gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des Ablebens der Kollegen Paul Kappe und Friedrich Arnolds (Stuttgart). Beilagen wir in dem Hinscheiden des ersteren Kollegen den Verlust eines lieben Vereinsmitgliedes, so betrachtet der Ortsverein in der Abberufung Friedrich Arnolds einen seiner Mitbegründer. Konnte er noch in einem Schreiben zum 60jährigen Ortsvereinsjubiläum seine Verbundenheit mit dem Verein bekunden, hat ihn nun, kaum ein Jahr später, der Allgegenwärtige Tod überwunden. Mit ihm ist ein Vorkämpfer dahingegangen, dessen Wirken unversehrt bleiben wird. Vorkühender Wohnung würdigte das Wirken des Verbliebenen in besonders ehrenvollen Worten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles referierte Kollege Wolf Man (Düsseldorf) über das Thema: „Betriebsratsaufgaben im Buchdruckergewerbe“. Durch ein reichhaltiges Material und durch zahlreiche Fälle aus der Praxis illustrierend, zeigte Redner, wie und wo der Betriebsrat die Interessen der Gewerkschaft zu vertreten hat. Die Beurteilung des vielfach umstrittenen Gebietes ließ von unserer Seite manchmal nicht ganz zureichend. Das im Gesetz verankerte Mitbestimmungsrecht ließ von eminenter Bedeutung. Es gelte nur, die Mittel, die der Gesetzgeber in dem Betriebsratgesetz gegeben habe, im Interesse der Arbeiterschaft richtig anzuwenden. Die Ausführungen des Redners fanden bei der Versammlung lebhaften Beifall. Den Schluß der Versammlung bildeten Angelegenheiten örtlicher Natur.

Halle a. d. Saale. Am 22. März fand im „Volkspark“ gemeinsam mit den Hilfsarbeitern, eine allgem. in eine Buchdrucker- und Schriftgießerversammlung statt mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Der gefällige Schiedsspruch im Buchdruckergewerbe und unsere Maßnahmen dazu“. Der Antrag auf die Versammlung war ein derartiger, daß der Saal die Besucher nicht fassen konnte und anschließende Räume mitsbenutzt werden mußten. Vorkühender Riebentstahl gab ein Resümee über den Gang der Verhandlungen und berichtete dann über die abgelaufene Bezirksleiterkonferenz, die den gefällten Schiedsspruch ebenfalls einstimmig ablehnte; besonders unterstrich er die vorgebrachten Argumente der Prinzipale bei den Verhandlungen und die Umstellung nach Fällung des Schiedsspruchs. Im Anschluß gab er die getroffenen Maßnahmen bekannt. Die Versammlung bewies durch allseitigen Beifall, daß sie sich des Ernstes der Lage wohl bewußt ist im Vertrauen auf ihre Führer. Für die Hilfsarbeiter schloß sich deren Vorkühender

den getroffenen Maßnahmen an beifalls gemeinsamer Durchführung.

Stuttgart. Die von 54 Vertretern der Orts- und Bezirksvereine, von Vertretern der Sparten, der Hilfsarbeiter und übrigen graphischen Berufe besuchte Konferenz am 17. März war einzig in der Ablehnung des gefällten unzulänglichen Schiedsspruchs. Eine dahingehend gefällte Entschließung fand bereits Erwähnung durch den „Korr.“. Kollege Klein berichtete über die Lohnverhandlungen. Die Aussprache über die Ausführungen war sehr lebhaft. Der Vertreter der Hilfsarbeiter gab den Beschluß seiner Organisation bekannt, die mit der unsrigen einig gehen in der Ablehnung des Schiedsspruchs. Geschlossene Kündigung werde die Antwort sein. Der Vertreter von Gmünd führte die gesuntene und immer mehr sinkende Kaufkraft zum Beweise an, wie unzulänglich unser Reallohn sei. Um konnte im allgemeinen über guten Geschäftsgang und Minimumbezahlung als Regel bei Dr. Hoehn berichten. Die kommenden Wahlen würden den Lohn bringen, den die Arbeiter sich dabei selber bewilligen, falls sie einig und geschlossen vorgehen. Heilbronn lehnte unter allen Umständen diesen Schiedsspruch ab. Bährerlich warte die verlangte Ruhepause unserer Gegner. Die lange Dauer ist untragbar. Göppingen begrüßte das Vorgehen der Verbandsinstanzen. Einig wie sie, werden auch wir sein. Das ist erfreulich, daß Kampfesgeist bis zum äußersten in unseren Reihen herrsche. Freudenstadt begrüßte die klaren Richtlinien. Uns, denen die letzten Sparpennige genommen seien, werde jede Gelegenheit zum Wiederbeginn des Sparens von untern Unternehmern mit dem Regierungsstellen durch Fällen von Hungerstreiks gegeben. Die heutige Einstellung der Prinzipale sei eine ganz eigentümliche, wenn man den Bericht des „Lohnanzeigers“ über den Berliner Preisfall lese. Dessen Bekanntheit erregte Bewunderung und Entrüstung über die Doppelzüngigkeit der Buchdruckerbetriebe. Ein Stuttgarter Vertreter zog Vergleiche zwischen den Geschäftsjahren von 1924, 1926 und den heutigen. Tübingen kritisierte die Entrüstung auf, die über die Marktaulaufe in der Spitze am 1. Oktober 1927 in unseren Reihen Platz greift. Die Ablehnung jeder zwischentariflichen Lohnregelung lie noch zu früh in Erinnerung, um Hoffnungen für die Zukunft zu legen. Vorgekaupte Unrentabilität sei blut. Man sehe doch mit eigenen Augen, was ist. Komme was will, Tübingen hält zur Feste. Oberndorf ging einig mit unsern Vertretern, die dem Empfinden der Gesamtkollegen Ausdruck verliehen hätten. Eplingen lehnte die lange Dauer der geplanten Lohnregelung ab. Den Orten direkt vor den Toren Stuttgarts gehe es am schlimmsten. Die Preise seien höher als dort und die Zuschläge geringer. Der geeignete gute Geschäftsgang werde am besten durch die Willenbauten, durch Beteiligung an auswärtigen Druckerereien und durch Aufkauf bzw. Abfindung von Konkurrenzfirmen wiederlegt. Ein weiterer Vertreter Heilbronn war mit den Maßnahmen der Verbandsleitung einverstanden. Gelingen es uns nicht, bessere Lohnverhältnisse zu erreichen, könne der Wahlsausfall die jetzigen Lebensläufe auf viele Jahre festlegen. Neutlingen drängte auf bessere Lohnregelung und kürzere Dauer des Abschlusses. Schramberg konnte über umfangreiche Neuanstellungen in dortigen Betrieben berichten. Friedrichshafen machte auf eine korporative Aussperrung, die unsre Kollegen traf, aufmerksam. In ähnlichem Sinne sprachen noch viele Kollegen. — In der am 18. März fortgesetzten Konferenz teilte Kollege Klein mit, daß sich die Vertreter des Gutenbergsbundes geschlossen an der Kündigung am 30. März beteiligen. Hierauf hielt Kollege Schöler einen einleitenden Vortrag über die nunmehr seit 1. Februar in Württemberg zum Gesetz erhobene Lehrlingsordnung. An der Hand dieser erläuterte er alle in Frage kommenden Paragraphen. Auch hierzu war die Aussprache reger und sachlich. — Eine Versammlung am 22. März hatte reichlichen Besuch der Stuttgarter sowie vieler Provinzkollegen aufzuweisen. Kollege Klein erstattete Bericht über den Stand der Bewegung. Ein Kundschreiben der Prinzipale erregte Heiterkeit und Bestärkte die Gesinnung in der Abwehr. In der Aussprache beteiligten sich nur zwei Kollegen, die den Maßnahmen zustimmten. Heute dürfe nicht geredet, sondern es müsse gehandelt werden. Seltener war der Zusammenhalt ein so gewaltiger. Ein brausen des Hoß auf unsern Verband bildete den Schluß dieses einigartigen Kampfs und Treuegelübisses.

Weimar. Inste Generalversammlung am 10. Februar wählte nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes, der von regem Interesse am Organisationsleben zeugte, den bisherigen Vorstand, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, einstimmig wieder. Als erster Vorkühnder fungierte Kollege Karl Staub und als Kassierer Kollege Hans Menge. Der Verfallungsbesuch war im verfallenen Geschäftsjahre durchweg gut; Vorträge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Arbeitsrechtes sowie Aufrollung kultureller Probleme gaben den Versammlungen tieferen Inhalt.

Worms. Inste Jahreshauptversammlung am 26. Februar konnte die erfreuliche Zahl von 72 Kollegen aufweisen. Unter „Mitteilungen“ wies der Vorsitzende auf die kommenden Lohnverhandlungen sowie gleich darauffolgende Bezirksvorsitzerkonferenz hin. Neu aufgenommen wurde ein Kollege. Aus dem Jahresbericht des Vorkühenden Bile erging hervor, daß im allgemeinen die gewerkschaftliche Lage im Bezirk zufriedenstellend war. Der Verfallungsbesuch ließ leider zu wünschen übrig. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 154. Der Jahresbericht des Kassierers lag gedruckt vor und wurde ohne Beanstandung gutgeheißen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Lehrstufenleiter gab in seinem Bericht ebenfalls Befriedigung kund. Bei der Vorstandswahl wurden auf Vorkühnung die bisherigen Mitglieder wiedergewählt, nur der Lehrstufenleiterposten wurde neu besetzt. Als Entschädigung der Vorstandsmitglieder bewilligte die Versammlung 150 M. Der Beitrag beschloß bestehen wie früher. Den Sparten wurden einige Zusätze bewilligt. Währenddessen erschien unversehrterweise unser Gauvorsteher Conrad, der herzlich begrüßt wurde. Nach Abwicklung der übrigen Tagesordnung, die lebhaft Diskussions brachte, richtete er noch einige kurze, fernige Worte an die Versammelten, und der Vorkühende schloß die sehr gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, uns im kommenden Geschäftsjahre wohlgerüstet und gekämpft zu finden.

Allgemeine Rundschau

Den Schriftführern zur Beachtung dringend empfohlen. In der vorliegenden Nummer gelangt die Berichtserstattung über Stellungnahmen zum Schiedsspruch des Reichsgerichtungsausschusses vom 9. März zum Abschluß. Es wird erwartet, daß diese Maßnahme in unsern Kollegenkreisen allseitiges Verständnis findet, um so mehr als sich die Situation infolge des inzwischen verbindlich erklärten Schiedsspruchs völlig verändert hat. Die wegen Bevorzugung der aktuellen Berichte über unsere Lohnbewegung einstweilen zurückgestellten sonstigen Korrespondenzen kommen nunmehr in der Reihe ihres Eingangs zur Veröffentlichung.

Meisterprüfung. Der Seherkollege Hubert Bosen aus Beck bei Ertelenz befragt vor der zuständigen Prüfungskommission der Handwerkskammer zu Aachen die Meisterprüfung.

Gesellenprüfung. Der Gesellenprüfung unterzogen sich in Aachenburg (Thür.) neun Seher, drei Drucker, ein Lithograph und zwei Steinbruderlehrlinge. Das Ergebnis ist: Zwei Seher „Gut“, vier „Hemlich gut“, drei „Genügend“, Drucker, Lithograph und Steinbruder, „Gut“.

Eingehen alter Gewerkschaftszeitungen. Infolge des Zusammenflusses der Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und Berufsschneider sowie der Böttcher und Weinsticker zu einem Industrieverband mit einer Mitgliederzahl von über 150 000 scheiden drei alte Verbandsorgane aus der Liste der deutschen Gewerkschaftspressen aus. Als Einheitsorgan der neuen Nahrungsmittel- und Getränkeorganisation, des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, die am 1. April in Wirkfamkeit tritt, erscheint hierfür nur noch die „Einigkeit“. Das älteste der in dieses einheitliche Gewerkschaftsblatt aufgehenden Organe ist die im 41. Jahrgang erschienene „Deutsche Böttcher-Zeitung“. Ihr folgt die im 38. Jahrgang erscheinende „Verbandszeitung“, Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands (vormals Verband der Brauereier- und Mälzereiarbeiter und verwandte Berufe) und als drittes Blatt „Der Fleischer“, der in seinem 29. Jahrgang steht. Die bisherige „Einigkeit“ steht im 34. Jahrgang. Sie erschien bisher in Hamburg, dem Sitz des ehemaligen Verbandes der Bäcker und Konditoren, während die „Deutsche Böttcher-Zeitung“ in Bremen erschien.

Jubiläum des Vereins Deutscher Schriftgießereien. Am 16. März konnte die Unternehmerorganisation des Schriftgießergewerbes auf die 25jährige Bestehen zurückblicken.

Deutsches Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover. In die Betriebsratsmitglieder richtet der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes folgenden Appell: „Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund veranstaltet vom 16. bis 18. Juni d. J. in Hannover sein erstes Sängerbundesfest. Mehrere zehntausend Männer und Frauen aus allen Teilen des Reiches wie auch aus dem deutschsprachigen Ausland werden sich in Hannover einfänden, um ihre reichhaltige Arbeit für den freien Liedesang und die allgemeine Kunstpflege herauszustellen. In alle Gewerkschaftsgruppen, die als Betriebsräte tätig sind, richten wir das dringende Ersuchen, sich gegebenenfalls dafür einzusetzen, daß unsern Mitgliedern in den Betrieben der ihnen zufallende oder zu beantragende Urlaub für die Teilnahme am ersten Arbeiter-Sängerbundesfest, 16. bis 18. Juni d. J., gewährt wird. Wir rechnen auf die Unterstützung aller Betriebsräte mit dem Hinweis darauf, daß davon das Gelingen des ersten Reichstreffens der Arbeiter-Sänger in Hannover wesentlich abhängt.“

Sprachkurs für Arbeiter. Von der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins wurde uns zur Bekannntgabe mitgeteilt, daß sie Mitte April neue Sprachkurse (Abendunterricht) in folgenden Sprachen einrichtet: Englisch, Französisch und Russisch. Zur Deckung der Kosten wird für einen Vierteljahrskurs ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich (einschließlich Lehrentgelt) 2 M. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Deutsche Rechtschreibung und Sprachlehre“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzgeschickkunde, Sprachlehre; Fremdwortkunde; „mir oder nicht“; grammatische Schwierigkeiten; Satzlehre; Fertigung von Aufsätzen. Die Hörgebühren für den Deutschkurs betragen vierteljährlich 6 M. Anmeldungen zu allen Kursen (schriftlich oder persönlich) werden in der Geschäftsstelle, Berlin W 57, Hietzenstraße 6a, entgegengenommen.

Fahrpreisermäßigungen für die Jugendpflege. Eine entsprechende Jugendpflege, einerseits, ob sie auf Wandern, Leibesübungen, Versammlungen, Besichtigungen, Lehrgänge usw. abzielt, ist ohne ein Entgegenkommen der Reichsbahnverwaltung in der Frage der Fahrpreisermäßigung für Jugendliche nicht denkbar. Seit mehr als Jahresfrist bemühen sich deshalb die Spigenvereinigungen für die Jugendpflege (Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege, Verband für Deutsche Jugendbergen) um die Umgestaltung und Verbesserung der jetzt geltenden Bestimmungen. Der Reichstag hat sich denn auch die drei Hauptforderungen (Herabsetzung der Mindestteilnehmerzahl von zehn auf fünf Jugendliche nebst Führer, Fahrpreis 1 Pf. der Kilometer in der vierten Klasse und Beteiligung des jetzigen unglücklichen Ausweisverfahrens) schon im vorigen Jahre zu eigen gemacht. In seiner Sitzung vom 9. März hat der Hausaltersausschuß des Reichstages sich erneut hierzu betannt und Verhandlungen der beteiligten behördlichen Stellen mit den Spigenverbänden gefordert. Ferner haben sich die Spigenvereinigungen der Gemeindeförderer, der Gewerkschaften, der Krankenkassen, der großen sozialen Verbände, das Reichsversicherungsamt usw. hinter diese Forderungen zugunsten der deutschen Jugend gestellt. Die Reichsbahn aber zeigte sich unerbittlich. Sie verweigert einzelne bewunderliche Auswüchse der Nachkriegsjahre, sie klammert sich an das Hergekommenne und scheut das Neue, vor allem sieht sie nicht die gewaltige verfallende Wirkung, die zu ihrem eigenen Nutzen die Veranzugung eines Geschlechts zur Folge hätte, dem die Liebe zur Natur durch Wandern und Reiten in Fleisch und Blut überging. Aber all diese Gründe und

Gegenstände gibt eine vom Verband für Deutsche Jugendherbergen herausgegebene Denkschrift Ausschluß. Vor allem bringt sie im Abschnitt „Das Urteil der Praxis“ eine lehrreiche Darstellung über das Ergebnis einer Kundfrage an die Bezirksjugendpfleger, die Leiter für Lebensübungen und Jugendpflege der größeren Städte, zahlreiche Jugendverbände usw. Die Aussagen dieser, meist amtlichen oder halbamtlichen Stellen sowie der berufenen Vereinigungen tun überzeugend dar, wie dringlich eine Änderung ist. Nahezu übereinstimmend wird das jetzige Ausmaß der Jugendherbergen als überaus hemmend, lästig und unhaltbar bezeichnet. Es genügt, darüber zu bemerken, daß die Führeransicht zum 1. Oktober des Vorjahres mit Ratschlagsanweisung der Führer anzufordern sind und daß die obere Verwaltungsbehörde (Regierung) solche ausstellt, obwohl sie die Menschen gar nicht kennen kann. Die Denkschrift, die auf Beschluß des Reichstagsausschusses für Lebensübungen an sämtliche Reichstagsabgeordnete verteilt wurde, ist von der Geschäftsstelle des Jugendherbergsverbandes in Hilsenhof 1, Westf. zu 15 Pf. zuzüglich Postgeld zu beziehen. Hoffentlich sieht die Reichsbahn bald ein, einen wie großen Nutzen sie bei ihrem Streben nach Verkehrsverbesserung und der Heranziehung der deutschen Jugend zu guten Dauerkunden haben würde.

Der Arbeitsmarkt im Februar 1928. Wie das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nummer vom 20. März berichtete, ist die im Vormonat beobachtete schwach rückläufige Bewegung in der Beschäftigung der Industriebetriebe im wesentlichen zum Stillstand gekommen. Nach den Berichten von 343 typischen Betrieben verschiedener Gewerbezweige hat die Zahl der Beschäftigten vom 15. Januar bis 15. Februar im ganzen etwas zugenommen. In gut beschäftigten Betrieben waren im Berichtsmonat 27 Proz. (im Vormonat 30 Proz.), in Betrieben mit befriedigendem Geschäftsgang 51 Proz. (im Vormonat 49 Proz.) und in schlechtbeschäftigten Betrieben 22 Proz. (im Vormonat 21 Proz.) Arbeiter und Angestellte tätig. Nach den monatlichen statistischen Meldungen der Gewerkschaften hat die Arbeitslosigkeit unter den über 1 Millionen Arbeitern, auf die sich die Berichte erstrecken, im Februar weiter abgenommen. Dagegen hat die Kurzarbeit nach der ununterbrochenen Abnahme bis zum günstigsten Stand Ende Oktober 1927 mit 2 Proz. im Berichtsmonat noch etwas zugenommen. Von den am 25. Februar erfassten Mitgliefern waren 86 Proz. (im Vormonat 85,3 Proz.) vollbeschäftigt, 10,4 Proz. (im Vormonat 11,2 Proz.) arbeitslos und 3,6 Proz. (3,3 Proz.) in Kurzarbeit beschäftigt. Nach den statistischen Angaben der Arbeitsnachweise hat sich der Beschäftigungsstand im

Februar im ganzen etwas gebessert. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsstellen betrug im Januar rund 85 000 Personen oder 4,2 Proz. von Ende Januar bis Ende Februar. Das Restangebot an verfügbaren offenen Stellen hatte sich ebenso wie im Januar, so auch im Berichtsmonat wieder ganz erheblich erhöht und war bis Ende Februar auf einen Bestand von über 70 000 offenen Stellen angewachsen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung erfuhr einen weiteren Rückgang um 33 117 Personen. In der Zeit vom 1. bis 15. Februar belief sich die Abnahme nur auf 42 000 und in der zweiten Januarhälfte nur auf 38 000 Personen. Insgesamt hat die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung Unterstützten seit dem Höchstpunkt vom 15. Januar 1928 um rund 134 000 Personen abgenommen. In der Reserveunterstützung wurden gegenüber dem Stande vom 15. Februar mit 215 502 Hauptunterstützungsempfängern am 29. Februar 214 912 Unterstützte gezählt. Im Berufsständelösungsgebet wurden im Februar 4,3 Proz. Arbeitslose (gegen 3,8 Proz. im Januar) und 0,6 Proz. Kurzarbeiter (0,8 Proz.) gezählt.

Briefkasten

Fr. 21. in G. Die Auffassung bezüglich dieser Frage ist in der Mehrzahl der anderen Gewerkschaften meistens anders, gibt uns daher auch kein Mandat, im Auftrag oder im Interesse aller Gewerkschaften den von Ihnen empfohlenen Weg zu beschreiten. Obwohl es das Problem des heutigen Zählungswesens noch befonderer Klärung bedürftig, aber in der von Ihnen gewünschten Form zurzeit für uns nicht diskutabel. Wir sind daher nicht in der Lage, den entsprechenden Artikel anzunehmen. — **A. S. in G.** Das Urteilsgutachten dankend erhalten. — **A. S. in G.** über diese Schauerballade ist erst nach Wiederlesen ein Urteil aufzugeben. Da, ob ich freundschaftlich Kritik stellen darf. Bei Gelegenheit des nächsten Lebensabendes — das vorläufig noch wieder eine Perle — wäre Abgabe über „Verlagsgut“ und „Lichtverheit“ erwünscht. — **G. S. in G.** Durch Weiterleitung dankend bekommen. — **A. S. in G.** Von den in Nr. 23 genannten vier Kombattanten an der anherberordneten Generalsversammlung des früheren Unterstützungsvereins vom 15. bis 17. Februar 1888 in Götting hat sich nur einer gemeldet, und zwar im vermeintlichen Sinne. Die anderen drei haben nichts von sich hören lassen, ob sie das Tagungsprogramm mitzubekommen. Auch der Ortsverein Götting hat sich darüber angeschrieben. Es könnte doch eine kurze Mitteilung erfolgen, damit man weiß, woran man ist. Berlin 1928 geht auch noch. — **G. S. in G.** Es ist nach der Ermittelung „Verleitung“ in Nr. 22 durch größeren Schriftwechsel erledigt worden, daß die meisten der zur Verbandsgeschichte noch verbleibenden Parteienverhältnisse sich heillos abspalten mit der Unbedenklichkeit der Verwirklichung ihrer Aufgaben. In diesem oder jenem Reaktions haben auf die vielen Mitglieder die Druckvereine in Weiden, Bochum, Krefeld und Erzer, der Maschinenbauverein in Weiden sowie der Stereotypvereine in Dortmund. Der Erzervereinsvorsitzende des Verbandes in Bochum, Branden-

burg a. d. S., Frankfurt a. d. S. und Stoblenz sind sich entgegenkommender noch nicht darüber im Klaren. Ende 1926 dort ein (Großhändler) Artikel beizubringen hat. Wenn noch etwas Platz auf der „Presse“ ist, kommen die letzten 10 Verbands als Prämienmüller an Prämienliste zur Ausfertigung. — **A. S. in G.** Jede gute Sache muß sich selbst bewähren. In der Sache der Jugend sind in monatlichen und jährlichen Aufarbeit und Aufarbeit ein unbefangenes „Mittel“ und ist auch auszufüllen. Mit Hilfe Ihrer Zeitschrift werden noch etwas mehr drückende Aufgaben möglich sein. Dabei Sie und der Vorstand also vielen Dank und senden Sie nächsten Rechnung ein. — **A. S. in G.** Die Zeitschrift der Jugend heissen 2 auf. 3. den mit Schericht nicht zu erfüllen. Sieheletzt eigentlich einmal. — **A. S. in G.** in Nr. 22. Sie haben wohl selbst das Gefühl, nicht recht urteilen zu können, sonst hätten Sie wahrscheinlich wenigstens was gegenüber Ihren Namen nicht verheimlicht. Wird also nicht aufzuzählen. — **A. S. in G.** in Nr. 22. Ihre heilige Kundstimmnote erklärt die Vergrößerung des in unserer Nummer veröffentlichten Berichtes. — **A. S. in G.** Platten um unerbittliche Zurechtweisung. — **A. S. in G.** in Wiesbaden: Veröffentlichung in gewünschter Form den Umständen nach unmöglich. Zweckmäßige Werbung bleibt vorbehalten. — **A. S. in G.** in Nr. 21. Jan. 24: 5,70 M. — **A. S. in G.** in Nr. 21. Jan. 27: 4,05 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141-3145. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. 49, Berlin S 14, Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (S. Schweinitz).

Statistikarten einlesen!

Spätester Einlieferungsstermin für März 9. April. Statistika für die Zählung der Arbeitslosen: 31. März. Am richtige Formierung der Statistikarten ist zu achten.

Verinsgewalt. Die Verbandsfunktionäre und Druckereivertragsmänner werden höflich gebeten, die Adresse des Verbands Eugen C. in R. in, welcher in Gartha i. Sa. im „Lageblatt“ beschäftigt war und Verpflichtungen dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker gegenüber hat, zu leihen an Ostauk 2. in 1. Hilmersdorf 80 11 bei Verinsgewalt (Sachsen).

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Essen. Per am 29. Okt. 1927 von Essen abgereichte Seher Brief 2 in 15. Indingsburg wird hiermit aufgegeben, den Heilungsplan vom 2. Okt. 1927 an den Kassierer des Verbands, Essen, Alsterstraße 18, einzuhandeln. Der Drucker Kurt G. in 1. Hilmersdorf 80 11 wird ersucht, seine Adresse an den hiesigen Ortsfunktionäre einzuweisen, damit ihm sein Verbandsbuch angefertigt werden kann.

Beisammungkalender

Büchsenwerk, Beisammung Montag, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr, in der „Goldenen Sonne“.
Waldbauer, Beisammung Montag, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr, in der „Goldenen Sonne“.
den 6. Mai, im Osthof zur Verbandsbureau in Hiltersdorf.
Wagen, Beisammung Montag, den 15. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“ in Grimma.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die sieben-spaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmefluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweils nächste erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 264 10.

Kreis Berlin: Druckertag am 12. und 13. Mai in Eberstwalde

60 Jahre Ortsverein Hensburg
Sonntag, den 8. April, pünktlich 11 1/2 Uhr, in der Aula des Städtischen Gymnasiums:
Subiläumsakt
Mitwirkende: Das gesamte Städtische Orchester, Mitglieder des Deutschen Arbeiterjugendbundes.
Festredner: Verbandsvorsitzender D. Kraus (Verlin).
Abends 8 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“
Abendfeier: Musik, Gesangsvorträge, Festball
Die Kollegen von nah und fern sind hierzu herzlich eingeladen. Anfragen an den Vorsitzenden G. Kraus, Hensburg, Reichstraße 17.

Lieboldsche Begräbniskasse für Buchdrucker und deren Ehefrauen zu Leipzig
(Neu aufgebaut am 1. Oktober 1924)
Freitag, den 6. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im Saale der „Goldenen Sonne“, Dresdener Straße 10:
3. ordentliche Generalversammlung
Tagesordnung: 1. Bericht des Kassierers über das dritte abgelaufene Geschäftsjahr und Entlastung des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Festsetzung der Entschädigung für die Verwaltung. 4. Erledigung etwaiger Anträge. 5. Verschließendes.
Antrag Frh Erdmann: In der Lieboldschen Begräbniskasse ist das Anlageverfahren eingebracht.
Der Vorstand.

24. Juni: Stereotypertag in Köln

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe
1. Aufl. von J. B. Klotz, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckgesetzes, 6,30 M. bei Vertriebsstellen, 6,50 M. per Nachnahme.
J. B. Klotz, München, Rummelstraße 27. Postfachkonto 610.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Donnerstag, den 5. April, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“.
Besprechung für alle Kollegen, welche beschäftigten, die Internationale Presse-Ausstellung in Köln zu besichtigen. Anschließend Lichtbildvortrag:
Der Rhein mit seinen romantischen Burgen
Eintritt frei. Bezirkskarte legitimiert.
Auch die Damen der Kollegen sind freundlichst eingeladen.
Die Kommission.

Zigaretten
ein Leiner Genuß
Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeiterportier 4 Pf.
IM KONSUMVEREIN

Infolge Betriebsveränderung suchen für sofort **drei tüchtige Linotypsetzer** für Doppel- und Wechsler in Dauerstellung. Nur wirklich erste Kräfte mit langjähriger Praxis wollen sich melden. Stützpunkt: Papierkorb.
„Samborg Tagblatt“, Samborg.

Wegen Einführung einer Doppelschicht suchen wir zum möglichst baldigen Eintritt **zwei tüchtige Linotypsetzer** mit mehrfähriger Tätigkeit.
Freyhofs Buchdruckerei, Nauen bei Berlin.

Tüchtige Typographsetzer
durchaus zuverlässig und im besseren Verstand erfahren, finden bei uns Stellung.
Angebote mit genauen Unterlagen über die Maschinenfertigkeit möglichst unter Angabe von Alter und Lohnansprüchen an: Pflanzsche Buchdruckerei Stephan Seibel & Co., Altdorf a. Eglar.

Wegen Erkrankung oder Wechsler **Scher- oder Druckerstereotypsetzer** in Dauerstellung gesucht. Ausbildung: Stereotypie, gute Leistung im Satz oder im Plattendruck mit Antikensatz.
Differenz unter J. 533 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Geübter Maschinensetzer
als Stadtschreiber für den Postamt.
Deutsche Feinschneiderei, Berlin-Reinickendorf, Thuner Straße 47.

Ihre Ferien in der Lippsischen Schweiz
mitten im herrlichen Teufelburger Wald, verleben Sie am besten Ihre Ferien in kleinem, laubem Privathaus der guten Pension, pro Tag 4 M. Schreien Sie bald an: Frau Minna Temme, Ebling im Teufelburger Wald bei Detmold, Post Heiligenstein.

Tüchtiger Linotypsetzer
sofort gesucht.
Ernst Marck, C. m. b. H., Mühlheim-Ruhr.

Jüngerer Schreifer
bewandert in Waldbau und Jurenschaft, sucht für sofort Stellung, ganz gleich wohin, wo ihm event. Gelegenheit geboten ist, sich in der Stereotypie weiter auszubilden.
Angebote unter Nr. 530 an die Geschäftsstelle des „Korr.“ erbeten.

Schreifer
sucht sich im April nach Berlin oder Umgebung als Interzessent (Spezialist) in größeren Zeitungsbetrieben zu verbinden.
Angebote unter A. Z. 623 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Schweizerdegen
längere Jahre außerberufstätig, sucht sofort Stellung zu finden. Derselbe ist auch im Elektrofach gut bewandert.
Differenz unter F. A. 628 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Kollegen, die den Aufenthalt, D. Rodeknecht Ernst Kühne kennen, werden geb., Mittell. J. machen an: Aktur Rodek, Königberg i. Pr., Zeitungsstraße 22. Unkosten vergütet.

Gaszünduhren
automatische, für Schmalfachen, liefert Franz Müllha, Stuttgart, Gaszweigenstraße 3.

Der Berliner Stadtaussage
(ohne Postabonnenten) dieser Nummer liegt ein Prospekt bei von der Fa. Altmann & Co., Berlin-SW 65, Zimmerstr. 21, den wir besonderer Beachtung empfehlen.

Sonig
aus hiesiger Gegend, 40 Jahre alt, wird von jedem Kenner wegen seiner hervorragenden Hellkraft bevorzugt. 10 Pf. Postgeld 12 Pf. fr. Nachh. Hönigsentrale Hofstra, Quaden (Hollst.) 73.

In den Abendstunden des 22. März verstarb unerwartet unser lieber Kollege, der Stereotypsetzer **Karl Aug. Wädling** aus Erfurt, im 81. Lebensjahre nach 43-jähriger Tätigkeit. Sein kollegiales Wesen wird sich ein ehrendes Andenken. [52]
O. v. Diefeld.
O. v. Diefeld.

Am 23. März verschied nach langem und unerwartetem Wirde unser lieber Kollege, der Buchdruckmaschinenmeister **Artur Stöbe** im Alter von 42 Jahren. Sein edel kollegiales Wesen wird sich ein ehrendes Andenken. Die Kollegen der Firma J. F. Drochmann, Leipzig.

Am 23. März verschied nach langem und schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer **Georg Klein** aus Wimpfen a. N., im Alter von 60 Jahren. Er war ein ansehnlicher und treuer Kollege. Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren. O. v. Diefeldberg.

Am 27. März entschlief plötzlich nach kurzen Leiden der Vorsitzende unseres Betriebsrats, der Schriftsetzer **Hugo Schulze** im 53. Lebensjahre. Wir werden in dem Bestreben einen zuversichtlichen Säuberer und treuen Kollegen. Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren. Die Mitarbeiter der Firma W. Grünhager, Berlin.

Nach längerem Leiden verschied am 21. März unser lieber Kollege, der Gesetzwärter **August Dilges** aus Nikolaiken, im 74. Lebensjahre. Mit ihm ist der letzte Mitbegründer unseres Betriebsrats dahingegangen. Sein Andenken wird sich in Ihnen halten. — **Georg Reinhold Kolbusch, „Typographie“, Gesetzwärter Kolbuscher Buchdrucker.**

Nach längerer Krankheit verschied am 25. März in Bergbarnau unser lieber Kollege und langjähriges Mitglied, der selbstergebene und späte Schriftsetzer des „Schützenhaus“ Tagesblattes **Heinrich Meiser** aus Reizingen (Baden), im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm O. v. Neustadt a. d. S. O. v. Neustadt a. d. S. Unterzeichnung des für Buchdrucker der „Presse“

Am 26. März verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer **Georg Klein** aus Wimpfen a. N., im Alter von 60 Jahren. Er war ein ansehnlicher und treuer Kollege. Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren. O. v. Diefeldberg.